



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 8

August 1971

Editorial

S. 5

Pakistan

Brief des ZK der Kommunistischen Partei Ostpakistans (Bangla Desh)

S. 3 - 11

Tapan Das: Warum Bangla Desh?

S. 11 - 14

Angola

Kriegs- und Kolonialverbrechen Portugals in Angola

S. 14 - 21

Erziehung - Ein strategischer Faktor der Befreiung

S. 21 - 23

DRV

US-amerikanische Übergriffe auf die Souveränität und Sicherheit der DRV

S. 23 - 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Hiltraud Geißel, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen".

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto
Einzelpreis 1,50 DM, Doppelnummer 3,00 DM.
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro
Nummer 33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
355 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Das Antiimperialistische
Informationsbulletin

9/71

bringt u.a.:

Südkorea

Bericht über Folterungen

Kapverdische-Inseln

Rede Cabrals

Indochina

Dokumente der Osloer Konferenz
über die Kriegsverbrechen der
USA in Indochina

Südafrika

Das Verhältnis Südafrikas zu
Afrika

Mitteilung der Redaktion:

Den an unsere Abonnenten versandeten Exemplaren der Nr. 8/1971 liegt eine von der "Union für eine freie und demokratische Türkei" herausgegebene Broschüre über die gegenwärtige Situation in der Türkei bei. Die "Union" wird in Zukunft regelmäßig Informationsmaterial herausgeben. Ihre Adresse ist: 1 Berlin 21, Bandelstraße 1.

Redaktionsschluß für diese Nummer: 31.7.71

PAKISTAN

Der folgende Brief der Kommunistischen Partei Ost-Pakistans vom 3. Mai 1971 gibt einen Überblick über die politischen Hintergründe und die Ereignisse, die zum Völkermord in Ost-Pakistan führten.

Es sind wegen Platzmangel unwesentliche Kürzungen vorgenommen worden, die nicht zur Verfälschung der Aussagen führen.

BRIEF DES ZK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OSTPAKISTANS (BANGLA DESH) AN DIE KOMMUNISTISCHEN BRUDERPARTEIEN

Liebe Genossen,

die Weltöffentlichkeit ist heute Zeuge der Tatsache, daß seit Mitternacht des 25. März ein Völkermord ohnegleichen in Ost-Pakistan (jetzt Bangla Desh genannt) von der herrschenden reaktionären Militärjunta Pakistans begangen wird. Im Laufe der letzten fünf Wochen hat die pakistanische Armee einige hunderttausend Menschen, unter ihnen prominente Führer und Intellektuelle getötet, die Städte Dacca, Chittagong und andere ausgeraubt und geplündert, Hunderte von Dörfern und Märkten niedergebrannt und Erziehungsinstitutionen wie die Studentenheime der Universität Dacca, sowie andere Besitztümer im Werte von zig Millionen Rupien in ganz Bangla Desh zerstört. Diese mutwillige Vernichtung von menschlichem Leben und Gütern wird noch immer fortgesetzt. Über eine Million hilfloser und armer Menschen aus Bangla Desh hat die Grenze überschritten und in Indien Schutz gesucht. Die Militärjunta von Pakistan führt gegenwärtig mit Armee, Luftwaffe und Marine einen Vernichtungskrieg gegen die unschuldige und unbewaffnete Bevölkerung von Bangla Desh. Die moderne Geschichte kennt kaum so unermeßliche Brutalitäten und Scheußlichkeiten, wie sie momentan in Bangla Desh begangen werden.

Aber die herrschende reaktionäre Militärjunta von Pakistan unter Führung von General Yahya Khan hat - um die Weltöffentlichkeit irrezuführen - die Parole ausgegeben, die Bevölkerung von Bangla Desh habe unter Führung der Awami Liga und "mit indischer Unterstützung" eine Bewegung für die Sezession Bangla Desh's und dessen Trennung von Pakistan begonnen. Von daher seien die von der Armee unternommenen Schritte in Bangla Desh notwendig, um Integrität und Solidarität des pakistanischen Staates zu wahren.

Aber all dies ist ein ungeheurer Schwindel.

Die Wahrheit sieht anders aus: Tatsächlich hat die Bevölkerung von Bangla Desh immer für ihre nationalen und demokratischen Rechte gekämpft, während die herrschende Militärjunta von Pakistan versuchte, diesen Volkskampf im Blut zu ertränken. Die folgenden Fakten - und besonders der politische Hintergrund der heutigen Ereignisse - werden dies außer Zweifel stellen.

UNTERDRÜCKUNG DER NATIONALITÄTEN

Zur Erhellung des politischen Hintergrunds des Völkermords in Bangla Desh ist es zunächst notwendig, den besonderen Charakter des pakistanischen Staates darzustellen. Pakistan wurde 1947 aus dem indischen Subkontinent herausgeschnitten. Fünf Nationalitäten (Bengalen, Sindhis, Panjabis, Pathans und Baluchis) und zwei Regionen (Ost- und West-Pakistan), die durch das dazwischenliegende Indien mehr als 1000 Meilen voneinander entfernt sind, wurden auf der Basis der islamischen Religion zu einem einzigen Staat (Pakistan) zusammen geworfen. Die Verschwörung der britischen Imperialisten spielte eine große Rolle bei der Gründung dieses eigentümlichen Staates.

Direkt von seiner Gründung an betrieben die herrschenden Klassen, die reaktionäre Großbourgeoisie und die Feudalherren, die mit dem Imperialismus (vor allem mit dem US-amerikanischen), für ihre eigenen engen Klasseninteressen eine Politik der Unterdrückung aller demokratischen und nationalen Rechte der verschiedenen Nationalitäten wie die der Bengalen in Ost-Pakistan und der Sindhis, Pathans und Baluchis im westlichen Teil.

Unmittelbares Resultat dieser Politik der nationalen Unterdrückung und Diskriminierung durch die herrschende Klasse waren die in jeder Hinsicht extrem schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung Ost-Pakistans. Die Demokratie wurde grausam unterdrückt und es herrschte eine unbeschränkte Diktatur. Es gab keine demokratischen Rechte, keine staatsbürgerliche - und keine Pressefreiheit. Verhaftungen, Einkerkelung und Verfolgung demokratischer und progressiver Kräfte waren alltägliche Phänomene. Hunderte von patriotischen Arbeitern, darunter viele Kommunisten waren ständig im Zuchthaus. Im ökonomischen Bereich kontrollierte das Großkapital, ohne Ausnahme "Nicht-Bengalen", Banken, Versicherungen, Großindustrie - kurz: die gesamte Wirtschaft Ost-Pakistans. Das Großkapital - bekannt als die "22 Monopolfamilien" - beherrschte das gesamte pakistanische Wirtschaftsleben und hatte freie Hand in der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der ostpakistanischen Bevölkerung. Auf dem Land blieb die zügellose

feudale Ausbeutung bestehen.

Ferner hatte sich als natürliche Konsequenz der Politik der herrschenden Klasse - nämlich: Besänftigung des Großkapitals und nationale Diskriminierung - eine große Ungleichheit und Unterschiedlichkeit zwischen den ökonomischen Bedingungen Ost- und West-Pakistans ergeben. Während das Pro-Kopf-Einkommen im östlichen Teil niedriger war als im Westen, waren die Preise für alle Güter, einschließlich Lebensmittel im Osten höher. Damit wollen wir jedoch nicht sagen, daß die Bevölkerung West-Pakistans bevorzugt wurde. Vielmehr wurde auch sie heftig ausgebeutet und unterdrückt. Tatsache ist jedoch, daß Ost-Pakistan sehr wirksam in einen Markt- und Jagdgrund für die "22 Monopol-Familien" aus West-Pakistan verwandelt wurde. Die Profite, die sie in Ost-Pakistan machten, transferierten sie in ihre Hauptbüros nach West-Pakistan. Diese Kapitalflucht aus Ost-Pakistan zerrüttete im Verein mit der neokolonialen Ausbeutung durch das eindringende US-Kapital (in der Höhe von etwa 3000 RS crores¹) und der Ausbeutung durch Monopol- und Feudalherren die gesamte Wirtschaft Ost-Pakistans. Die Überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Ost-Pakistans lebte in äußerstem Elend.

Ein anderes Ereignis der Politik nationaler Diskriminierung wie sie von den herrschenden Klassen praktiziert wurde bestand darin, daß die Bevölkerung Ost-Pakistans in den Institutionen der Zentralgewalt - einschließlich der Armee - kaum vertreten war, obwohl sie mit 56 % die Mehrheit der Gesamtbevölkerung bildete. Sie wurde absichtlich und planmäßig von allen wichtigen Stellungen im Zentrum ferngehalten, die mit Angehörigen der oberen Klassen von Punjab besetzt wurden.

Kurz gesagt, die Bevölkerung Ost-Pakistans wurde aller Rechte beraubt und gnadenlos unterdrückt und ausgebeutet. Ähnlich erging es den Pathans Sindhis und Baluchis. Auf diese Weise war das Problem der Nationalitäten in Pakistan sehr ernst und wichtig geworden.

DER KAMPF DES VOLKES FÜR DEMOKRATIE UND AUTONOMIE

In übergeordnetem Zusammenhang hatte die demokratische Bewegung in Ost- wie in Gesamt-Pakistan mit zwei fundamentalen Forderungen begonnen: Demokratie und Autonomie für die verschiedenen Nationalitäten.

Dieser Volkskampf hatte in Ost-Pakistan (Bangla Desh) bereits 1948 mit der Sprachenfrage begonnen. Die herrschenden Klassen hatten versucht, "Urdu", die Muttersprache von

nur 6 % der Bevölkerung, als einzige Staatsprache Pakistans durchzusetzen. Gegen diese von der herrschenden Klasse versuchte reaktionäre Maßnahme hatten sich die Bengalen Ost-Pakistans erhoben und gefordert, daß "Bengali", die Muttersprache von 56 % der Bevölkerung zu einer der Staatssprachen erhoben würde.

.....

Jedoch nahm der Volkskampf von Bangla Desh zur Sprachenfrage 1952 einen umfassenden Charakter an und entwickelte sich allmählich zu einem Kampf um Demokratie und Autonomie.

Die reaktionäre herrschende Clique versuchte stets, diese Bewegung mit harten repressiven Maßnahmen zu unterdrücken einschließlich der Erschießung von Studenten und Jugendlichen in den Straßen von Dacca (1952). Sie versuchte sogar, das Volk durch die Behauptung zu verwirren, der Volkskampf sei "von Indien inspiriert".

.....

Vor dem Hintergrund der erwähnten Kämpfe der ostpakistanischen Bevölkerung für Autonomie und Demokratie fand 1954 eine Provinzwahl in Ost-Pakistan statt. Bei dieser Wahl hatten alle Oppositionsparteien eine vereinigte Front gegen die regierende Partei - die Muslim-Liga - gebildet.

Die Vereinigte Front (UF) arbeitete ein 21-Punkte-Programm aus, dessen wesentliche Forderung die nach vollständiger Autonomie für Ost-Pakistan war. Die UF verlangte, "Ost-Pakistan müsse als souveräne und autonome Region anerkannt werden" - in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Pakistanischen Resolution, die 1940 in Lahore vom "All India Muslim Liga Rat" verabschiedet worden war: "Die Zentralregierung sollte nur mit 3 Funktionen ausgestattet sein: Verteidigung, Außenpolitik und Währung"; "alle anderen Belange, einschließlich der restlichen Machtbefugnisse sollten in den Händen der gewählten Regierung von Ost-Pakistan liegen". So definierte die UF klar die Forderung nach Autonomie; und das Volk Ostpakistans unterstützte diese Forderung eindeutig und stimmte für sie. Bei dieser Wahl siegte die UF überwältigend. Sie erhielt von den 300 Sitzen 290, wovon wiederum 4 von Kandidaten der Kommunistischen Partei besetzt wurden. Die herrschende Muslim Liga wurde vernichtend geschlagen und erhielt nur 9 Sitze.

.....

Aber die reaktionäre herrschende Klasse war weder bereit, die klare Entscheidung des Volkes zu akzeptieren, noch Ost-Pakistan die

Autonomie zuzubilligen. So konspirierte die Zentralregierung und entließ mit offener und klar ersichtlicher Unterstützung der US-Imperialisten das Ministerium der Vereinigten Front aus seiner Funktion, das erst etwa 45 Tage im Amt gewesen war, mit dem konstruierten Vorwand, daß dieses Ministerium, besonders sein letzter Führer A.K. Fazlul Haq "Beziehungen zu Indien unterhalten und versucht habe, Pakistan durch Sezession zu zerstören". Die herrschenden Klassen begannen außerdem eine Terrorherrschaft in Ost-Pakistan und warfen Tausende ins Zuchthaus. Zur selben Zeit wurde die Kommunistische Partei offiziell verboten. Bedeutsamerweise trat Pakistan schon eine Woche nach der Auflösung des UF-Ministeriums den imperialistischen Militärbündnissen bei.

.....

Auf der anderen Seite unternahmen die herrschenden Klassen zwei politische Schritte, um der wachsenden Volksbewegung für Autonomie und Demokratie entgegenzuwirken: Die Zentralregierung verabschiedete eigenmächtig zwei Gesetze. In einem wurde festgelegt, daß Ost- und West-Pakistan eine "Parität" in allen Angelegenheiten besäßen, was bedeutete, daß Ost-Pakistan mit seiner Bevölkerungsmehrheit (d.h. 56 %) gleichgestellt wurde mit den 44 % der Bevölkerung von West-Pakistan. Mit dem zweiten Gesetz wurden alle Provinzen in West-Pakistan (Sindh, Punjab, die Nord-West Grenzprovinz und Baluchistan) abgeschafft und ganz West-Pakistan als "eine Einheit" konstituiert, quasi als eine einzige Provinz.

.....

Nach der erzwungenen Vereinigung nahm in West-Pakistan die Unterdrückung der nationalen Minderheiten - Sindhis, Pathans und Baluchis - eine akutere Form an. So wurde seit dieser Zeit die Forderung nach Auflösung der Einheit die zentrale Parole im Kampf der Sindhis, Pathans und Baluchis - für Demokratie und Autonomie.

INGREIFEN DURCH DIE IMPERIALISTEN

Eines muß hier erwähnt werden. 1966 wurde für das Land eine Verfassung von der damaligen verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitet, die 1955 durch indirekte Wahlen auf paritätischer Grundlage gewählt worden war.

.....

Das einzig Positive war, daß sie eine parlamentarische Regierungsform vorsah und "Bengali" als Amtssprache neben "Urdu" zuließ und zwar allein deshalb, weil dies die dringlichsten und populärsten Forderungen waren.

Nach der Ausarbeitung jener Verfassung war in der Bevölkerung die Forderung nach der baldigen Abhaltung von allgemeinen Wahlen auf der Grundlage der neuen Verfassung laut geworden. Zudem gab es Cliquenkämpfe innerhalb der herrschenden Klassen.

Unter diesen Umständen hatte das damalige zentrale Ministerium erklärt, daß im Februar-März 1959 allgemeine Wahlen stattfinden würden.

Mit dem Einverständnis und der offenen Unterstützung der US-Imperialisten verhängte die herrschende Clique dann im Oktober 1958 das Kriegsrecht, um den Wahlen zuvorzukommen und um die demokratische Bewegung zu unterdrücken. Ayub Khan kam so mit der offenen Unterstützung der US-Imperialisten an die Macht. Dies war die zweite unverhüllte Intervention der US-Imperialisten in die inneren Angelegenheiten Pakistans zur Unterdrückung der Demokratie. Die erste fand 1954 statt, als das Volksfrontkabinett von Ost-Pakistan, das durch Wahlen an die Macht gekommen war, willkürlich entlassen wurde.

.....

NEUE VÖLKSKÄMPFE

Während der zehnjährigen diktatorischen Herrschaft Ayub Khans nahm die Unterdrückung der demokratischen Kräfte, die Verletzung der Demokratie und der nationalen Rechte der Bengalis und anderer Nationalitäten ungeheure Proportionen an. Die von den herrschenden Klassen 1956 ausgearbeitete Verfassung wurde außer Kraft gesetzt. Kommunisten wurden hart verfolgt, jeder Demokrat, der sich öffentlich für Demokratie und Autonomie einsetzte, wurde ins Gefängnis geworfen.

.....

Ebenso wurden gegen die Hindus gerichtete Unruhen provoziert und organisiert, um das Volk zu spalten.

Aber die heftige Unterdrückung während des Ayub-Regimes blieb nicht ohne Widerstand. Seit 1961 hatten das Volk Ost-Pakistans, Pathanlands und Baluchistans einige glorreiche Schlachten für ihr Recht auf Autonomie und Demokratie geschlagen. 1965, während des Krieges zwischen Indien und Pakistan, konnten die herrschenden Klassen das Volk zeitweilig durch heftige anti-indische Propaganda verwirren. Aber unmittelbar nach Kriegsende kam eine starke Bewegung für das Sechs-Punkte-Programm der "Awami-Liga" in Ost-Pakistan auf (Juni 1966). Im Grunde war das Sechs-Punkte-Programm der "Awami-Liga" ein Programm für parlamentarische Demokratie und volle Autonomie. Hinsichtlich der Autono-

mie verlangte das Sechs-Punkte-Programm, daß nur zwei Bereiche, nämlich die Verteidigung und die Außenpolitik (mit Ausnahme des Außenhandels) in die Zuständigkeit der Zentralregierung und alle anderen Bereiche, einschließlich des Außenhandels, in die Zuständigkeit der ostpakistanischen Regierung fallen sollten. Hinsichtlich der Währung sah das Sechs-Punkte-Programm zwei Alternativen vor. Entweder sollten Ost- und West-Pakistan zwei getrennte, aber leicht konvertierbare Währungen bekommen, oder es sollte eine Währung für GesamtPakistan unter der Zentralregierung geschaffen werden, unter der Bedingung, daß eine separate Staatsbank für Ost-Pakistan eingerichtet würde und Vorkehrungen getroffen würden, um die Kapitalflucht von Ost- und West-Pakistan aufzuhalten.

Das Sechs-Punkte-Programm der "Awami Liga" verlangte also weitreichende autonome Vollmachten für Ost-Pakistan innerhalb des pakistanischen Staates und war nicht secessionistisch, wie von interessierter Seite ange deutet wurde.

Dies Sechs-Punkte-Programm der Awami-Liga fand breite Unterstützung innerhalb der ostpakistanischen Bevölkerung. Die auf seiner Grundlage von der Awami-Liga (im Juni 1966) initiierte Bewegung war mächtig und wurde auch von den Kommunisten und der linksgerichteten Fraktion der National Awami Party (NAP), die damals von Moulana Bhasani geleitet wurde, unterstützt. Das Ayub-Regime unterdrückte die Bewegung mit Gewalt.

Aber von 1968-69 gab es wiederum eine riesige Volksbewegung gegen das Ayub-Regime in ganz Pakistan. Die Kommunistische Partei Ost-Pakistans spielte darin eine aktive Rolle, besonders in Bezug auf die Bildung einer Einheitsfront aller demokratischen und oppositionellen Kräfte. In Ost-Pakistan basierte die Volksbewegung auf dem 11-Punkte-Programm, das vom "Students Action Committee"²⁾ (dem alle progressiven und demokratischen Studentorganisationen angeschlossen sind) entwickelt worden war und von der Awami Liga und der von Wali und Muzaffar geführten National Awami Party unterstützt wurde. Das 11-Punkte-Programm enthielt Forderungen nach einer neutralen und unabhängigen Außenpolitik, Auflösung der Militärpakte, Nationalisierung der Banken, Versicherungsunternehmen und großen Konzerne, nach Sicherung des Existenzminimums für Arbeiter, Senkung der Mieten und Steuern, Reformen des Bildungswesens, vollen Bürgerrechten, usw. neben den Forderungen nach vollständiger Autonomie und Demokratie (d.h. das 6 Punkte Programm der Awami Liga).

In West-Pakistan waren alle Oppositionskräfte einschließlich der gegen Ayub Khan eingestellten Rechten auf der Basis der Forderung nach parlamentarischer Demokratie und Erwachsenen Wahlrecht vereint. Dank dieser ganz Pakistan erfassenden Volksbewegung mit der Hauptforderung nach Demokratie und Autonomie wurde das diktatorische Regime Ayub Khans gestürzt.

DIE MACHTERGREIFUNG YAHYA KHANS

Aber bevor Ayub Khan zurücktrat, übergab er die Macht an den General Yahya Khan, und am 25. März 1969 wurde zum zweiten Mal das Kriegsrecht über Pakistan verhängt. Aber trotz Kriegsrecht und Militärrherrschaft mußte Yahya Khan auf Druck der gewaltigen Volksbewegung folgenden Forderungen nachgeben: direktes, allgemeines und gleiches Wahlrecht aller erwachsenen Bürger, Abschaffung der 1955 eingeführten "Parität" und Repräsentation in der Nationalversammlung gemäß der Bevölkerungsgröße, Ausarbeitung einer neuen Verfassung durch die gewählte Nationalversammlung, Aufhebung der Konstituierung West-Pakistans als einer Einheit, und Wiedererrichtung der früheren Provinzen, Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie usw.

Aber Yahya Khan erließ außerdem eine Rahmenverordnung, genannt "Legal Framework Order" (LFO), worin bestimmt wurde, daß die von der gewählten Nationalversammlung zu erstellende neue Verfassung von dem Präsidenten (nämlich Yahya Khan) genehmigt werden müsse und daß sie "islamisch" zu sein habe.

Diese LFO bewies, daß die Militärjunta unter dem Druck der Massenbewegung zwar gezwungen war, Wahlen usw. zuzulassen, jedoch nicht gewillt war, der Errichtung der vollen parlamentarischen Demokratie zuzustimmen und den verschiedenen Nationalitäten volle Autonomie einzuräumen.

Unsere Partei hatte die Verschwörung der Militärjunta durchschaut und die LFO kritisiert. In Einklang mit der von Wali und Muzaffar geführten "National Awami Party" forderte sie ihre Änderung und Souveränität der gewählten Nationalversammlung. Aber die LFO wurde nicht geändert.

ALLGEMEINE WAHLEN UND DER SIEG DER AWAMI LIGA

Dennoch fanden im Dezember 1970 allgemeine Wahlen statt - die ersten ihrer Art in Pakistan seit 23 Jahren. In dieser Wahl siegte die Awami Liga in Ost-Pakistan überlegen. Sie sicherte sich 167 von 169 möglichen Sitzen in der Nationalversammlung und 290 von 300

der Provinzversammlung. Durch ihren glänzenden Erfolg in Ost-Pakistan sicherte sich die Awami Liga ebenfalls eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung von Gesamt-Pakistan - 167 Sitze von insgesamt 313.

Während der Wahl waren die Haupt-Plattformen der "Awami Liga" ihr eigenes Sechs-Punkte-Programm, sowie das 11-Punkte-Programm des "Students' Action Committee". Aber das Schwergewicht lag auf dem Sechs-Punkte-Programm, das von den Volksmassen Ost-Pakistans begeistert aufgenommen und in den Wahlen einhellig befürwortet worden war.

Nach dem Wahlsieg der Awami-Liga erhoben die reaktionären Kräfte ein lautes Geschrei, daß Ost-Pakistan abfallen würde. Aber der Führer der Awami-Liga, Sheikh Mujibar Rahaman hatte immer wieder mit Bestimmtheit erklärt, daß er und seine Partei nie für die Sezession Ost-Pakistans eingetreten seien, sondern nur die Ausarbeitung der zukünftigen Landesverfassung auf der Grundlage des Sechs-Punkte-Programms seiner Partei wollten, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Bengalen zu beenden.

VERSCHWÖRUNG DER REAKTIONÄRE

Aber der übermächtige Wahlsieg der Awami Liga versetzte die herrschende Militärjunta und die rechten reaktionären Kräfte in Unruhe. Sie initiierten eine Verschwörung, um das Urteil des Volkes und seine Hoffnungen und Wünsche zunichte zu machen. Z.A. Bhutto, der Führer der "Volkspartei", agierte als die politische Speerspitze dieser Verschwörung. Durch seine sozialistische Demagogie, seine anti-indische Kampagne usw. hatte er sich eine Mehrheit in der Nationalversammlung (84 von 144 Sitzen) West-Pakistans gesichert.

Bhuttos Volkspartei erhielt diese 84 Sitze nur durch die Provinzen Punjab und Sindh, aber es gelang ihm nicht, auch nur einen einzigen Sitz durch die Grenzprovinz Pathan Land und Baluchistan zu bekommen. Die National Awami Party (geführt von Wali und Muzaffar) erhielt die absolute Mehrheit der Sitze in den National- und Provinzversammlungen von Baluchistan. In der Grenzprovinz sicherte sie sich in der Nationalversammlung 3 Sitze und wurde die größte Einzelpartei in der Provinzversammlung.

Folglich repräsentierte Bhutto in Wirklichkeit nicht ganz West-Pakistan. Aber er trat so auf, und um das Zusammentreten der Nationalversammlung zu verhindern, verkündete er die Parole, daß keine Nationalversammlungssitzung stattfinden solle, "bevor es nicht zu einer Übereinkunft zwischen den beiden größten Par-

teien - Awami Liga und Volkspartei - über die Frage der zukünftigen pakistanischen Verfassung gekommen sei".

Bhutto und einige andere Führer der Volkspartei trafen sich außerdem mit den Führern der Awami Liga in Dacca, "um Verfassungsfragen zu besprechen" nur um der Öffentlichkeit vorzuführen, daß sie sich um eine "Übereinkunft" bemühten. Aber in Wirklichkeit waren Bhutto und seine Partei entschieden gegen das 6-Punkte-Programm und gegen Autonomie für die Nationalitäten. Sie versuchten, die Awami Liga unter Druck zu setzen, das 6-Punkte-Programm aufzugeben. Aber die Awami Liga weigerte sich, ihre Verpflichtung gegenüber dem Volk zu verleugnen. So scheiterte das Spiel Bhuttos.

Inzwischen berief Yahya Khan die erste Sitzung der Nationalversammlung auf den 3. März in Dacca ein.

Sofort erklärte Bhutto, er und seine Partei würden der Sitzung der Nationalversammlung fernbleiben und wenn die Sitzung an diesem Datum stattfände, "würde ganz West-Pakistan in Flammen stehen".

Auf Grund dieser Drohung Bhuttos, des Führers einer Partei, die mit nur 84 Sitzen in der Nationalversammlung vertreten war, verbreitete Yahya Khan am ersten März über den Rundfunk eine Erklärung, wodurch ein Zusammentreten der Nationalversammlung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Außerdem berief er eine Round Table-Konferenz (RTC) aller Parteiführer auf den 10. März in Dacca ein, um Verfassungsfragen zu besprechen.

Aber Überraschenderweise hielt es Yahya Khan nicht für nötig, die Awami Liga - die Partei, die in der Nationalversammlung die absolute Mehrheit hatte - zu fragen, bevor er die Sitzung der Nationalversammlung verschob und die RTC einberief.

NEUES AUFREGEHEN DES VOLKES

Die plötzliche Verschiebung der Nationalversammlungssitzung war für alle Teile der Bevölkerung ein harter Schlag. Die Zusammenkunft der RTC und die gleichzeitige Verschiebung der Nationalversammlung fügte dem bisherigen Unrecht nur eine Beleidigung hinzu. Daher wurde sie von der Awami Liga, der National Awami Party und anderen demokratischen Kräften sofort abgelehnt. Selbst Narui Amin, der Führer der rechten Pakistan Democratic Party, weigerte sich, daran teilzunehmen.

Kaum hatte die Bevölkerung von der Verschiebung der Nationalversammlungssitzung über Radio erfahren, als sie in allen Städten Ost-Pakistans zu Tausenden auf die Straßen

strömte und spontan sang: "Wir wollen ein unabhängiges Ostbengalen!"

Die notwendige Konsequenz war der spontane Slogan vom "Unabhängigen Ostbengalen", der ihrem Streben nach Selbstbestimmung Ausdruck verlieh.

Dieses spontane Aufbegehren entwickelte sich zu einem organisierten und breiten Massenkampf, als die Awami Liga zu einem friedlichen und auf 5 Tage, vom 2. - 6. März befristeten Generalstreik als Protest gegen die Verschiebung der Nationalversammlung aufrief. Die Kommunisten, die National Awami Party und andere demokratische Kräfte unterstützten den Streikaufruf. Außerdem wurde bekanntgegeben, daß der Führer der Awami-Liga, Sheikh Mujibar Rahaman, das Aktionsprogramm am 7. März bei einer Massenkundgebung verkünden werde.

Die herrschende Militärjunta versuchte dagegen die spontane Massenbewegung mit Maschinengewehren zu unterdrücken. In Dacca verfügte sie eine 12-stündige Ausgangssperre vom Abend des 2. März an. Als die Menschen die Sperre mißachteten und zu friedlichen Demonstrationen aufbrachen, wurden sie mit Maschinengewehrfeuer empfangen, was zu unzähligen Toten führte. Die Ermordung unschuldiger und unbewaffneter Menschen nahm somit am 2. März ihren Anfang. Neben diesen Morden versuchte die Militärjunta auch, Bengalen gegen Nichtbengalen aufzuwiegeln. Einige solcher Unruhen wurden in Chittagong und Rangpur tatsächlich geduldet. Dank des Eingreifens der Awami-Liga, der National Awami Party, der Kommunisten und anderer demokratischer Kräfte wurden die Unruhen schließlich eingestellt. Diese Parteien und demokratischen Kräfte hatten stets versucht, absoluten Frieden unter der Bevölkerung zu bewahren.

Die Ermordung unbewaffneter Menschen usw. am 2. März konnte das Volk jedoch nicht demoralisieren. Der Generalstreik vom 2. März war ein voller Erfolg. Alle Teile der Bevölkerung, sowie Polizei-, Regierungsbeamte usw. nahmen am Streik teil. Vom 2. März an fanden außerdem in ganz BanglaDesh spontane Demonstrationen von Tausenden von Menschen statt. Die gesamte Bevölkerung von Bangla Desh demonstrierte wie nie zuvor ihre Einheit gegenüber der Militärjunta.

DROHUNGEN YAHYA KHANS

Während der friedliche Streik andauerte, hielt Yahya Kahn am 6. März eine Rundfunkrede. Darin berief er abermals die Nationalversammlungssitzung auf den 25. März ein. Aber gleichzeitig machte er das Volk und die Führer Ost-

Pakistans für die Vorfälle am 2. März verantwortlich; während er Bhutto, der die Krise verursacht hatte, von aller Schuld freisprach. Außerdem drohte er eine Militäraktion zur Sicherung der Solidarität und Integrität Pakistans an. Neben solchen Drohungen wurde eine Umbildung in der Militärverwaltung Ost-Pakistans vorgenommen; und Generalleutnant Tikka Khan, der wegen seiner Grausamkeit berüchtigt war, wurde nach Dacca als Gouverneur und als Chef der Militärverwaltung geschickt.

MUJIBS VIER FORDERUNGEN UND DIE BEWEGUNG ZUR NICHT-KOOPERATION

Am 7. März hielt Sheikh Mujubar Rahaman seine Rede in Dacca, Race Course Maidan, wo sich etwa 1 Million Menschen versammelt hatten, um den Führer der "Awami-Liga" zu hören. Das Volk erwartete, daß Sheikh Mujib die Unabhängigkeit von Bangla Desh erklären würde. Aber Sheikh Mujib machte in seiner Rede drei wichtige Ankündigungen:

- 1) Er rief das Volk dazu auf, den Kampf für die Beendigung der 23 Jahre währenden Unterdrückung und Ausbeutung unerschrocken weiterzuführen.
- 2) Er erhob vier Forderungen:
 - a) Die Übergabe der Macht an die gewählten Repräsentanten des Volkes;
 - b) die Aufhebung des Kriegsrechts;
 - c) den Rückzug der Armee in die Kasernen;
 - d) die Untersuchung der Massenmorde vom 1. März.

Er erklärte weiter, daß er im Falle der Erfüllung dieser vier Forderungen erwägen würde, ob er und seine Partei an der Sitzung der Nationalversammlung vom 25. März teilnehmen werden.

- 3) Er rief zu einer Bewegung der "friedlichen Nicht-Kooperation" mit Regierung und Armee auf, die am 8. März beginnen und bis zur Erfüllung der obigen Forderungen andauern sollte.

Nach diesen drei wichtigen Ankündigungen warnte er das Volk, daß die Reaktionäre im Begriff seien, eine Verschwörung auszuhecken. Er forderte das Volk auf, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren, wenn es von der Armee angegriffen werde.

Die Rede von Sheikh Mujib wurde allgemein befürwortet. Die vier von ihm aufgestellten Forderungen wurden von allen demokratischen Kräften und Parteien einschließlich der Kommunistischen Partei und der National Awami Party unterstützt.

Die Kommunistische Partei sprach sich in einem Flugblatt offen dafür aus, daß diese

vier Forderungen vom Volk unterstützt werden sollten. Gleichzeitig forderte sie das Volk auf, gegenüber allen Konspirationen der Reaktionenäre auf der Hut zu sein und allen Angriffsversuchen des Gegners Widerstand entgegenzusetzen.

Die für die Zeit nach dem 8. März von der Awami-Liga ins Leben gerufene Bewegung der Nicht-Kooperation hatte ebenfalls einen durchschlagenden Erfolg. Die gesamte zivile Administration Ost-Pakistans - einschließlich der Polizeibehörde - handelte von diesem Tag an in Übereinstimmung mit den Direktiven der Awami-Liga. Faktisch organisierte damals die Awami-Liga die zivile Administration Ost-Pakistans. Das Volk verhielt sich ebenfalls absolut loyal gegenüber der Awami-Liga und wünschte, daß sie auch formell die Macht übernehmen sollte.

DER VERRÄTERISCHE ÜBERFALL

Während die friedliche Bewegung der Nicht-Kooperation andauerte, wurde von der Zentralregierung angekündigt, daß Yahya Khan bald nach Dacca kommen würde, um mit Sheikh Mujib zu sprechen.

Sheikh Mujib erklärte sofort seine Bereitschaft, sich mit Yahya Khan zu treffen und über einen politischen Ausgleich zu diskutieren, falls dieser nach Dacca käme.

Yahya Khan kam am 14. März nach Dacca, und die Gespräche zwischen beiden begannen. Nach vier oder fünf Verhandlungstagen erklärten sowohl Sheikh Mujib wie Yahya Khan öffentlich, daß es bei den Gesprächen "einige Fortschritte" gegeben habe. Yahya Khan erklärte ebenfalls öffentlich, daß er "im Prinzip" mit den von dem Führer der Awami-Liga vorgebrachten Forderungen übereinstimme. Auch gab es Verhandlungen zwischen den Beratern von Yahya Khan und Sheikh Mujib Rahaman über Detailfragen. So erwartete das Volk einen politischen Ausgleich und eine Beendigung der Krise.

Aber die Hoffnungen des Volkes wurden betrogen. Bevor die Gespräche zwischen Mujib und Yahya beendet waren, startete die Armee plötzlich kurz nach Mitternacht des 25. März auf Befehl der Militärjunta einen verräterischen grausamen bewaffneten Angriff gegen das Volk von Bangla Desh.

DER BEFREIUNGSKAMPF BEGINNT.

Unter diesen Umständen war das Volk von Bangla Desh gezwungen, für die eigene Verteidigung und die Verteidigung seiner demokratischen und nationalen Rechte zu den Waffen zu greifen. Das Regiment Ost-Bengalen, die Waf-

fenverbände Ost-Pakistans und die Polizei schlossen sich dem Volk an, bildeten die Mukti Fouz³⁾ und setzten den bewaffneten Kampf fort. Das Volk hatte keine andere Wahl - es mußte die plündernde pakistanische Armee aus Bangla Desh vertreiben, wenn es seine Heimat befreien und die Demokratie und die nationalen Rechte verwirklichen wollte. Es gab keinen anderen Weg.

So hatte sich der Kampf des Volkes von Bangla Desh für Demokratie und Unabhängigkeit in einen bewaffneten Kampf zur Befreiung der Heimat umgewandelt.

Unter diesen zwingenden Umständen war die Führung der Awami-Liga, die in der letzten allgemeinen Wahl die eindeutige Unterstützung des Volkes erhalten hatte, genötigt, Bangla Desh zu einer souveränen Republik zu erklären, eine neue Regierung dieser Republik zu bilden und den Befreiungskampf fortzusetzen. Die Kommunistische Partei Ost-Pakistans (Bangla Desh) hat bereits diese Regierung als die einzige legal-konstituierte Regierung von Bangla Desh unterstützt.

DIE ROLLE DER GROSSMÄCHTE

Hier sind ein paar Worte über die Haltung der verschiedenen Großmächte gegenüber unserem Befreiungskampf notwendig. Die UdSSR war die einzige Großmacht, die den Völkermord von Bangla Desh eindeutig verurteilte und erklärte, daß die Probleme dieses Landes nicht mit Waffengewalt, sondern nur politisch gelöst werden können. Dieser Standpunkt der UdSSR, der in einem Brief des Genossen Podgorny an Yahya Khan formuliert wurde, ist von dem Volk in Bangla Desh wie von unserer Partei einhellig begrüßt worden. Das Volk und die Kommunisten von Bangla Desh würdigen ebenfalls sehr die moralische und politische Unterstützung, die das Volk und die Regierung von Indien ebenso wie die Kommunistische Partei Indiens ihrem Freiheitskampf gewähren.

Jedoch nimmt das Volk von Bangla Desh mit Abscheu zur Kenntnis, daß die britischen Imperialisten und die maoistischen Führer der Volksrepublik China die reaktionäre herrschende Militärjunta von Pakistan offen unterstützen und den Völkermord in Bangla Desh faktisch entschuldigen. Es mißbilligt außerdem die dubiose Rolle der USA in diesem Konflikt.

EIN GERECHTER KAMPF

Auf dem Hintergrund der oben geschilderten Tatsachen wird folgendes klar:

1) Der gegenwärtige Kampf des Volkes von Bangla Desh ist der Höhepunkt seines seit 1948

andauernden Kampfes für Demokratie und Autonomie gegen die reaktionären herrschenden Klassen, die unbarmherzig die demokratischen und nationalen Rechte verschiedener Nationalitäten unterdrückt haben.

2) Das Volk von Bangla Desh und seine Führer wollten niemals die Sezession Ost-Pakistans. Aber sie haben immer versucht, ihre demokratischen und nationalen Rechte auf dem Weg des demokratischen Kampfes und der Wahlen im Jahre 1970 zu erlangen. Sogar nach dem großen Wahlsieg und der Sicherung der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung, wollten die Awami-Liga und ihr Führer Sheikh Mujib Rahaman nichts anderes als eine Verfassung, die sich auf das Sechs-Punkte-Programm stützt. Sheikh Mujib hat auch wiederholt versucht, mit der herrschenden Militärjunta zu einem politischen Übereinkommen zu gelangen.

3) Aber es war die herrschende Militärjunta, die zwar zunächst die Wahlen abhielt, sich dann aber weigerte, die Macht den gewählten Repräsentanten des Volkes zu übergeben, und einen verräterischen bewaffneten Überfall auf das Volk initiierte. Die Militärjunta hatte kein Interesse, die Macht abzugeben. Die Verhandlungen zwischen Yahya und Mujib waren nichts anderes als eine List der Junta, um Zeit für die Vorbereitung eines bewaffneten Überfalls zu gewinnen.

Erst nach diesem bewaffneten Angriff der herrschenden Militärjunta verwandelte sich der Volkskampf für Demokratie und Unabhängigkeit in einen bewaffneten Kampf für die Befreiung unserer Heimat.

4) Dieser Befreiungskampf ist in seinem Wesen ein Kampf für das Grundrecht auf Selbstbestimmung von 75 Millionen Bengalis; er richtet sich gegen die reaktionären herrschenden Klassen der Monopolisten und Feudalherren, die von den Imperialisten, speziell den US-Imperialisten, unterstützt und bewaffnet werden.

5) Es handelt sich in keiner Weise um einen Kampf gegen das Volk von West-Pakistan. Vielmehr wird dieser Befreiungskampf von Bangla Desh gegen die reaktionären herrschenden Klassen, die auch das Volk von West-Pakistan unterdrücken, auch dessen Kampf für Demokratie und Unabhängigkeit unterstützen.

6) Der Befreiungskampf wird von der Mukti Fouz (Befreiungsarmee) und dem Volk von Bangla Desh geführt. Deshalb ist die Propaganda der herrschenden Militärjunta von Pakistan, es handele sich um einen "von Indien inspirierten Kampf", um "bewaffnete indische Eindringlinge", um "eine Einmischung Indiens

in die inneren Angelegenheiten Pakistans" usw. nichts als eine gezielte Falschmeldung. Auch ist die von einigen prochinesischen Gruppen vorgebrachte Propaganda, daß dieser Befreiungskampf von den Imperialisten inspiriert sei, eine ungeheuerer Lüge.

Die demokratischen Kräfte der ganzen Welt sollten - wenn sie diese Tatsachen beurteilen - sich voll und ganz davon überzeugen, daß der gegenwärtige Kampf für die Befreiung unserer Heimat ein gerechter Kampf ist, der sich gegen die einheimischen und fremden Reaktionäre - die Feinde von Humanität und Frieden - richtet. Die Niederlage dieser Reaktionäre in Bangla Desh wird die demokratischen und friedliebenden Kräfte in Südostasien stärken.

AUFRUF

Die Kommunistische Partei von Ost-Pakistan (Bangla Desh) richtet deshalb den dringenden Appell an alle befreundeten Kommunistischen und Arbeiter-Parteien und an alle demokratischen Kräfte in der Welt:

- (a) Unterstützt den Befreiungskampf des Volkes von Ost-Pakistan (Bangla Desh) mit allen Mitteln, damit er zum Sieg führt und die einheimischen und ausländischen Reaktionäre geschlagen und vernichtet werden.
- (b) Erhebt machtvoll Eure Stimme, damit alle Regierungen der Welt, besonders die progressiven demokratischen und sozialistischen Regierungen, die Bangla Desh-Regierung anerkennen und ihr alle mögliche Hilfe zukommen lassen, damit sie die Aggression der pakistanischen Armee zurückschlagen können.

Die Kommunistische Partei von Ost-Pakistan (Bangla Desh) war stets ein Teil der kommunistischen Weltbewegung und hat die Dokumente der Kommunistischen Weltkonferenz, die 1969 in Moskau stattfand, unterzeichnet. Die Kommunistische Partei von Ost-Pakistan hofft bei ihrem Kampf zur Befreiung des Vaterlandes die Unterstützung der kommunistischen Weltbewegung und der befreundeten Parteien zu erhalten. Es ist ein Kampf gegen einen unbarmherzigen und barbarischen Feind, der von den Imperialisten bis an die Zähne bewaffnet worden ist und der auch die Unterstützung der Maoisten in China erhält. Deshalb führen wir einen wirklich unerbittlichen Kampf. Für den Sieg in unserem gerechten Befreiungskrieg ist die Unterstützung und Hilfe seitens der progressiven und kommunistischen Kräfte eine absolute Notwendigkeit.

Wir warten auf Unterstützung und hoffen,
daß sie bald eintrifft.

Mit revolutionären Grüßen

Abdus Salam,
Sekretär des Zentral-
komitees der Kommuni-
stischen Partei
Ost-Pakistans (Bangla
Desh)

Bangla Desh, 3. Mai 1971

Anmerkungen:

- 1) 1970 waren 1 crores = 10 Millionen Rupien
und 100 Rupien = 21 \$.
- 2) Dieses 11-Punkte-Programm wurde vom studen-
tischen Aktionskomitee am 19. Februar 1969
zur öffentlichen Diskussion gestellt.
- 3) Mukti Fouz = Befreiungsarmee

(Quelle: Case for Bangla Desh
Communist Party Publication No. 7:
May 1971)

Die folgenden Auszüge aus "Warum Bangla
Desh" vermitteln einen Überblick über die
ökonomischen Verhältnisse Pakistans, die
starke Auswirkungen auf die politische Ent-
wicklung dieses Landes hatten.

Ausgelassen wurden die Passagen, die sich
auf die politischen Ereignisse beziehen; vgl
dazu den Brief der Kommunistischen Partei
Ost-Pakistans in diesem Heft.

TAPAN DAS:
WARUM BANGLA DESH ?

.....

Als der Sieg 1970¹⁾ errungen worden war,
plante die Militärjunta eine Verschwörung, um
das Volk und die Führer von Bangla Desh um
die Früchte ihres Sieges zu betrügen. Und als
sich das Volk weder durch Geschwätz noch durch
Drohung und Erpressung irreführen oder ent-
zweien ließ, entschied sich das Yahya Khan-
Regime für den Völkermord, den Massenmord. Die-
ses Regime ist letztlich verantwortlich für
die Tragödie, durch die Bangla Desh geboren
wurde.

.....

KOLONIALE AUSBEUTUNG

Seit der Unabhängigkeit hat die ökonomi-
sche Situation von Bangla Desh immer eine
bedeutende Rolle bei seiner politischen Ent-
wicklung gespielt.

.....

Für das Volk von Bangla Desh war die Be-
freiung von der britischen Kolonialherrschaft
bedeutungslos, da die wirtschaftliche Aus-
beutung durch West-Pakistan fortgeführt wurde.
Die westpakistanischen Herrscher übertrafen
in dieser Hinsicht noch ihre britischen kolonia-
len Lehrmeister.

.....

Eine kurze Analyse des Wachstums und der
Geschichte von Pakistans aristokratischer
Elite ist wichtig, um Mechanismus und Prozess
der Ausbeutung Ost-Pakistans zu verstehen. Die
Antwort auf die Frage, wie eine Clique von
22 Familien die Kontrolle über 66 % der natio-
nalen Industrie, 80 % der Banken und 79 % der
Versicherungs-Aktiva an sich reißen konnte,
läßt die Ursachen der teuflischen Unterdrück-
kung durch die Militärjunta und den mörderi-
schen Krieg in Ost-Pakistan überdeutlich wer-
den.

Bei der Gründung von Pakistan (1947) war
das Land industriell rückständig und seine
Wirtschaft noch immer stark von den Kolonia-
listen beherrscht. Die britische Herrschaft
über Pakistans Wirtschaft wird durch die Tat-
sache deutlich, daß die meisten der 1414
Industrien, die als Ergebnis der Teilung mit
Indien an Pakistan fielen, völlig vom Import
von Maschinen und Ersatzteilen aus England
abhängig waren.²⁾

Von der Gesamtzahl der Industriebetriebe
gehörten nur 335 industrielle Unternehmen zu
Ost-Pakistan - einige waren alte Jute-Mühlen,
und es gab keine einzige Maschinenbau- oder
Chemiefabrik. Jedoch war die Provinz durch
ihren fruchtbaren, angeschwemmten Boden land-
wirtschaftlich reich. Sie hatte eine Produk-
tionskapazität von 6 Millionen Ballen Rohjute,
was ungefähr 80 % der Weltproduktion ausmachte.

.....

Die Landwirtschaft, die Hauptstütze der
pakistanischen Wirtschaft, stand unter um-
fassender Kontrolle von Feudalherren.³⁾

.....

Diese unterdrückten unter dem Schutz der
Staatsbürokratie in brutaler Weise die Pächter
und rissen gewaltsam mindestens 60 % bis 70 %,
in einigen Fällen sogar 90 % der Brutto-Produk-

tion des Landes an sich. Die Pächter "waren praktisch Sklaven der geldverleihenden Feudalherren, die sie vollständig ausbeuteten" (S.M. Akhtar, Economics of Pakistan).

Die "Moslem Liga" unter der Führung von Jinnah verschaffte sich den Ruf eines Vorkämpfers der Unabhängigkeit. Die Partei wurde jedoch von einer Handvoll großer halbfeudaler Gutsherren und Industriellen aus Punjab und Sindh beherrscht. Dieser Klassencharakter der Partei, die für einige Jahre an der Macht blieb, gab ihrer Führung das Gefühl die wirklichen Herren über das Schicksal der gesamten Bevölkerung Pakistans zu sein.

.....

Diese Gruppe von Gutsbesitzern mit beträchtlichem Einfluß auf das politische und wirtschaftliche Leben Pakistans wurde noch verstärkt, als einige wohlhabende Geschäftsleute und Industrielle ebenso in die Bewegung eintraten.

.....

Ein wirtschaftspolitischer Bericht der Regierung vom 2.4.1948 veröffentlichte Pläne, nach denen westpakistanische Geschäftsleute mindestens 51 % der Aktien ausländischer Gesellschaften erhalten sollten, die in den Bereichen Zement, Baumwollspinnerei, Weberei, Bergbau, Nahrungsmittel, Leder und einigen anderen Industrien operierten. Dennoch, während so die Industrie völlig in die Hände einiger weniger Geschäftsgiganten Übergang, sollte die Landwirtschaft durch Hilfsmittel der "american aid giving" Agenturen, wie "Ford Stiftung" und der "Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" gefördert werden.

.....

Die Armee, die immer an der Seite der Oligarchie stand, - der 22 Familien, die Pakistan beherrschen - ist im Augenblick lediglich dabei, die Aufträge ihrer Herren auszuführen. Die unterdrückten Bengalen jedoch kämpfen erbittert darum, ihre Rechte der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit wiederherzustellen.

.....

Überflüssig zu erwähnen, daß die (oben beschriebene) raubgierige ökonomische Ausbeutung mit sozialer und politischer Unterdrückung einherging. Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der Bengalen blieb die Bevölkerung Ost-Pakistans gegenüber der West-Pakistans in jeder Hinsicht unterlegen.

.....

Der größere Teil der ostpakistanischen Außenhandelsgewinne aus dem Juteexport wurde von West-Pakistan kassiert, um die eigene industrielle Revolution vorwärtszutreiben. Der erschreckende Rekord ökonomischer Ungleichheit wird mit der Tatsache belegt, daß während der letzten 20 Jahre nur 20 % - oder 1500 Rupien (Rs) crores⁴ - der gesamten Staatsausgaben im Osten ausgegeben wurden im Vergleich zu 5000 Rupien crores in West-Pakistan. Während für die Entwicklung West-Pakistans 6000 Rs crores ausgegeben wurden, betrug der Anteil des Ostens nur 3000 Rs crores.

Es war West-Pakistan zudem erlaubt worden, Güter im Werte von mehr als 3000 Rs crores zu importieren, obwohl seine Außenhandelsgewinne kaum 1300 Rs crores betragen. Die Awami Liga erklärte, daß die Import-Güter im Werte von 2000 Rupien crores, die die eigenen Exportgewinne überstiegen, dadurch finanziert worden seien, daß 500 Rs crores aus den Außenhandelsgewinnen Ost-Pakistans übertragen wurden, wodurch der Westen in den Stand gesetzt worden sei, über 80 % der gesamten ausländischen Hilfe für sich zu benutzen.

.....

Nach der Gründung Pakistans gab es im östlichen Teil sehr wenig Industrie, während der Westen eine vergleichsweise schnellere Rate des industriellen Wachstums verzeichnete. Die folgende Tabelle zeigt, wie schnell die industrielle Entwicklung in West-Pakistan fortschritt:

	West-Pakistan	Ost-Pakistan
	%	%
Produktion		
metallische Grundstoffe und Elektrogeräte	98	2
andere Maschinenbauprodukte	95	5
Schuhwerk	96	4
Textilien	78	22

.....

Die industrielle Entwicklung in West-Pakistan konnte nur auf Kosten der verstärkten Ausbeutung der Wirtschaft des Ostens zustande kommen. Während der Osten Rohmaterial nach West-Pakistan exportiert, ist er gezwungen, ungeheure Preise für die im Westen hergestellten Konsumgüter zu zahlen. Daraus ergeben sich enorme Verluste und geradezu phantastische Defizite in seinem Handel mit West-Pakistan.

.....

Allein durch den Binnenhandel hat West-Pakistan auf diese Weise fast 580 Rupien

crores (im Zeitraum von 1948-68) verdient. Dieser enorme Profit hat nicht nur zur Vergrößerung seines Einkommens beigetragen, sondern darüber hinaus Arbeitsplätze geschaffen und das rapide Wachstum des landwirtschaftlichen und des industriellen Sektors bewirkt. Auf der anderen Seite wurde eine riesige Armee von Arbeitslosen im Osten geschaffen.

Auch bei den industriellen Investitionen hat Ost-Pakistan von der Regierung eine ausgesprochen schäbige Behandlung erfahren. Die letzte verfügbare Information enthüllt, daß während der Periode von 1965 bis 68 West-Pakistan ein größerer Anteil öffentlicher Investitionen zugeteilt wurde (Ost-Pakistan 52 % = 6.377 Rs, West-Pakistan 48 % = 5.886 Rs). Dies widerspricht jedoch der Version der Regierung, sie bemühe sich um Beseitigung der existierenden Ungleichheit zwischen den beiden Landesteilen.

Eine vergleichende Studie der Investitionen im öffentlichen und privaten Sektor in beiden Teilen zeigt, daß das Verhältnis während der Jahre 1965 bis 68, der ersten 3 Jahre der dritten Planperiode 37 (Ost) zu 63 (West) betrug.

Laut Ershad Khan, dem führenden pakistanischen Ökonomen, gab die pakistanische Regierung in der Periode von 1948 bis 60 jährlich 21,63 lakh (lac = Hunderttausend Rupien) für die Entwicklung der Landwirtschaft in West-Pakistan aus. Für den Osten dagegen stellte sie während derselben Periode jährlich nur 1,33 lac zur Verfügung.

Außerdem riß West-Pakistan eine enorme Geldsumme für drei größere Projekte an sich, den Mangla Damm, den Tarbela Damm und die neue Hauptstadt Islamabad.

Zur gleichen Zeit wurde Ost-Pakistan, das jedes Jahr überflutet wird, wodurch die Menschen an den Rand einer Katastrophe gebracht werden, ständig vernachlässigt. Die rasenden Fluten fordern jedes Jahr eine beträchtliche Zahl von Menschenleben und konnten das Zerstörungswerk ungehindert vollbringen. Während die Zentral Regierung 1000 Rupien crores für den Bau des Tarbela Dammes ausgab, hat sie versäumt, ein Programm zur Flutenkontrolle im Osten zu entwickeln. Sie gab insgesamt während der letzten 14 Jahre nur 600 Rupien crores dafür aus.

.....

Während das Nationalprodukt Gesamt-Pakistan und das Pro-Kopf-Einkommen während der letzten zehn Jahre um 73 % bzw. 29 % stiegen, liegt der Osten weit hinten mit einem durch-

schnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 98 Rupien im Gegensatz zu 178 in West-Pakistan.

.....

Eine Studie des pakistanischen Instituts für wirtschaftliche Entwicklung zeigt, daß der Reallohn der Arbeiter während der letzten 10 Jahre in Bangla Desh um cirka 30 % fiel. Dagegen stiegen die Lebenshaltungskosten in wesentlich stärkerem Umfang.⁵⁾ Wichtige Gebrauchsgüter wurden infolge der Inflation teurer.

.....

Am härtesten wurden von dieser Inflation die landlosen Arbeiter betroffen, die etwa 17,45 % gegenüber nur 8,05 in West-Pakistan ausmachen.

.....

Die phantastischen Ansprüche von Islamabad werden besonders dadurch deutlich, daß das Land eine nationale Nettoverschuldung von 3000 Millionen Rupien auf sich laden mußte. Das Volk von Ost-Pakistan, das selbst keine Rolle bei der zerstörerischen Planung spielte, ist jedoch offensichtlich das Opfer.

.....

Die verheerende Politik der Militär-Regime hat die Wirtschaft des Landes an die Imperialisten ausgeliefert. Die Politik der Abhängigkeit von fremder Hilfe ohne die Entwicklung der eigenen Produktivkräfte, hat das Land dazu verleitet, mehr und mehr ausländische Hilfe in Anspruch zu nehmen, weniger, um der ökonomischen Entwicklung willen, sondern wegen der Schuldendienste und -tilgungen.

Die gesamte neue internationale Hilfe, die Pakistan 1968 erhielt, wurde zu diesem Zweck benutzt, während die Entwicklungsarbeit abstarb.⁶⁾

.....

Pakistans gesamte Auslandsverschuldung stieg bis Ende 1968 auf 2.292,83 Millionen Dollar. Von dieser Summe sind 236,29 Millionen Dollar zurückgezahlt worden, d.h., es bleibt noch eine Ausgleichszahlung von 2.056,54 Millionen Dollar oder 90 % der insgesamt bis Ende 1968 gewährten ausländischen Hilfe offen. Pakistans Verschuldung gegenüber der Weltbank, von der es neue Anleihen erstrebt, belief sich bis Ende des Jahres 1968 auf die Forderung von 284,83 Millionen Dollar.

In diesem Zusammenhang läßt sogar ein so

scharfsinniger Politiker wie Z.A. Bhutto⁷⁾ die Katze aus dem Sack und erklärt, daß West-Pakistans Wirtschaft eingehen würde, wenn einst Bangla Desh die Autonomie gewänne und die Ausbeutung seiner Ressourcen beendete.

Anmerkungen:

- 1) Es wird hier bezug genommen auf den Wahlsieg der Awami-Liga in 1970: von 300 Sitzen hatte die Awami-Liga 160 Sitze in der Nationalversammlung, dagegen die Pakistan Muslim League (Qaiyyum) 9 Sitze, Pakistan Muslim League (Quader) 2 Sitze, Pakistan People's Party 81 Sitze, Council Muslim League 7 Sitze und National Awami Party (Wali) 6 Sitze.
- 2) Zwei britische Gesellschaften - "Burma Oil Company" und "Attock Oil Company" - hatten das Ölmonopol. Außerdem kontrollierten britische Firmen und Banken 90 % des gesamten Bankkapitals und 80 % aller Importe Pakistans.
- 3) In Ost-Pakistan besaßen Feudalherren und Agenten 80 % des Bodens.
- 4) 1 crores = 100 Millionen Rupien
1970 waren 100 Rupien = 21 ¢
- 5) Die Lebenshaltungskosten stiegen um ungefähr 20 %.
- 6) Die Höhe der Schulden entspricht 20 % der Nettogewinne aus dem ausländischen Handel.
- 7) Bhutto ist der Führer der "Pakistan People's Party" (Volkspartei).

(Quelle: Case for Bangla Desh
Communist Party Publication, No 7:
May 1971)

ANGOLA

Ein fünfköpfiger Unterausschuß der Menschenrechtskommission der UNO legte am 2.2.1971 der Weltöffentlichkeit einen Bericht über die konterrevolutionäre rassistische und kolonialistische Politik der Regime des südlichen Afrikas (Republik Südafrika, Südrhodesien, Portugal) gegenüber den dort lebenden afrikanischen Völkern und deren politischen Organisationen vor. Es handelt sich dabei um die UN-Publikation E/CN.4/1050. Als Informationsgrundlage dienten diesem Untersuchungsausschuß der UNO vor allem die Legislativ- und Exekutivakte der genannten Regime im Berichtszeitraum 1969/70 sowie Aussagen von 146 Zeugen, die bis vor kurzem in den genannten Gebieten lebten oder noch dort leben.

Daß die bürgerliche Presse der BRD trotz

des leichten Zuganges zu dem genannten Bericht über die Verbrechen der rassistischen und kolonialen Regime ihre Leser nicht informierte, hat offensichtlich zur Grundlage die immer enger werdende politische, militärische und ökonomische Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten der NATO und den von "Europäern" beherrschten Territorien des südlichen Afrikas, die durch Manipulation, Informationssperren oder Informationsfilter geschützt werden soll.

Hier wird zunächst jener Teil des Berichts des UN-Unterausschusses vorgelegt, der ausführlich über die Kolonialverbrechen Portugals in Angola Auskunft gibt. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß westdeutsches Kapital (z.B. umfangreiche Beteiligungen der Firma Krupp an der Ausbeutung angolischer Bodenschätze; Projektion und eventueller Abbau von Uranerzen durch die Urangesellschaft mbH & Co Frankfurt/Main usw.) und westdeutsche Waffenlieferungen die portugiesische Kolonialherrschaft aufrechterhalten helfen. Daß von westdeutschen Firmen stammendes militärisches Ausrüstungsmaterial und nach westdeutscher Lizenz in Portugal hergestellte Schnellfeuergewehre gegen die Befreiungsbewegung MPLA in Angola eingesetzt werden, berichtete erst jüngst die Süddeutsche Zeitung (SZ, 21.4.1971). Damit ist aber die Beteiligung der BRD an den portugiesischen Kolonialverbrechen nur andeutungsweise umschrieben: Neben dieser ökonomischen und militärischen gewährt die Bundesregierung für die im Kampf mit den Befreiungstreitkräften verletzten portugiesischen Truppen medizinische Hilfe in einem Bundeswehrkrankenhaus in Hamburg-Wandsbek - (SZ, 26.3.1971)¹⁾ und liefern nach Aussage einer Zeugin vor dem Unterausschuß der UNO westdeutsche Firmen chemische Waffen zum Einsatz gegen die angolische Zivilbevölkerung.

KRIEGS- UND KOLONIALVERBRECHEN PORTUGALS IN ANGOLA

1. ERMORDUNGEN UND FOLTERUNGEN VON MITGLIEDERN DER ANGOLESISCHEN BEFREIUNGSBEWEGUNG

Nach der Aussage des Zeugen Pedro Hendrick Vaal Neto werden die angolischen Freiheitskämpfer nach ihrer Gefangennahme entweder auf der Stelle erschossen oder sie werden zu den Stützpunkten der portugiesischen Truppen transportiert. Voraus-

gegangen sind Verhöre, in denen sie mit der Absicht gefoltert werden, Informationen über ihre Freunde aus der Befreiungsbewegung preiszugeben. Wenn die portugiesischen Truppen in einem Dorf, von dem sie annehmen, daß es Widerstand leistet, Kinder antreffen, töten sie diese. Der Zeuge erwähnte den Fall des Afonso Panzo, eines Militärberaters, der gefangen, mit einem Strick gefesselt und in den Fluß geworfen wurde.

Alberto Pinto, ein weißer portugiesischer Soldat, der 1961 während seiner Dienstzeit in Angola desertierte, sagte als Zeuge aus, daß er den Feldwebel Costa zu einer Ortschaft **begleitet** habe, die ungefähr 1 km außerhalb des Dorfes Negage lag, und daß er beobachtet habe, wie portugiesische Soldaten Gefangene folterten. Die Gefangenen wurden brutal mit Knüppeln geschlagen, bis Haut und Fleisch zerschunden waren; auf diese Weise sollten sie zum Sprechen gezwungen werden. An dem genannten Ort wurden 18 Personen in einer Garage gefangen gehalten, in die die Abgase landwirtschaftlicher Maschinen einströmten. Die Soldaten sagten ihnen, daß die 18 am nächsten Morgen erschossen werden sollten. Der Zeuge berichtete, daß am nächsten Morgen mit einem Traktor die Grube ausgehoben wurde, vor der die Menschen sich aufstellen mußten und erschossen wurden. Unter ihnen befanden sich zwei Männer in Zivilkleidung, die nicht zusammen mit den anderen erschossen wurden. Sie wurden mit der stumpfen Seite einer Machete ins Genick geschlagen und starben.

Justino Katuya bezeugte, daß er und mehrere andere Angolesen im Januar 1963 von der PIDE ²⁾ verhaftet worden seien, weil sie ausländische Sendungen angehört hätten. Als er sich weigerte, das Geständnis abzulegen, wurde er, nachdem er 18 Stunden lang verhört worden war, in einer zwölf Quadratmeter großen Zelle eingekerkert, in der sich schon weitere 30 Gefangene befanden. Während der Inhaftierung soll der Zeuge gesehen haben, wie Gefangene mißhandelt wurden oder hungern mußten; ebenso sah er, daß Gefangene von portugiesischen Soldaten gezwungen wurden, ihre eigenen Gräber auszuheben; daraufhin wurden sie erschossen und fielen in die Gräber. Der Zeuge behauptete, gesehen zu haben, wie sein Schwager auf die gleiche Weise in Gago Coutinho auf Anordnung des Francisco Freitas da Costa ermordet wurde. Chinoya Kayawe aus Kangamba, Tolosi Kapalingwa

und Paulino Kalengo erlitten das gleiche Schicksal.

Der Zeuge Samuel Augusto Kongo sagte aus, daß in Gefangenschaft geratene Freiheitskämpfer in der Regel auf der Stelle erschossen würden; er berichtet, daß 1969 zehn Mitglieder der angolesischen Befreiungsbewegung (UPA) ³⁾ in Zala, sieben in Kitexe und drei in Negage umgebracht worden seien. Fünf weitere, die von der PIDE gefangen genommen worden waren, wurden nach Carmona transportiert, verhört, gefoltert und totgeschlagen. Im Juni 1968 wurden Sympathisanten der Befreiungsbewegung in Militärfahrzeugen von dem Dorf Kissika zur portugiesischen Plantage José Maria transportiert, auf der sie dann verhört wurden. Als die Gefangenen keine befriedigenden Informationen lieferten, wurden sie mit Bajonetten umgebracht und zwar deshalb, weil die portugiesischen Soldaten keine Munition an sie verschwenden wollten. Nach diesem Zeugen sind die Freiheitskämpfer in einem Polizeiquartier in der Nähe der Plantage getötet worden, das von einem Hauptmann der portugiesischen Armee, Felipe Alves des Souza, befehligt wurde. Dieser Vorfall ist ihm von Plantagenarbeitern berichtet worden, die gezwungen worden waren, den Exekutionen beizuwohnen. Der Zeuge sagte weiter aus, daß im Februar 1968 die portugiesischen Truppen fünf Personen verhaftet hätten, nämlich Alberto Jomba Massarico, Kina Dala, Pinto Fando, Casanola und João Fando; diese Personen wurden verdächtigt, mit der UPA zusammenzuarbeiten. Sie wurden zum Hauptquartier der PIDE in Carmona transportiert, verhört und erschlagen.

Dr. Anna Wilson bezeugte, daß am 1. September 1968 auf dem Weg zur Schule der 12 Jahre alte Augusto Ngagula mit der Axt erschlagen wurde, weil er sich geweigert hatte, den portugiesischen Soldaten die Stützpunkte der MPLA ⁴⁾ zu zeigen. Die Guerillas, die in der dritten Region operierten, fanden seinen Körper und waren über seinen Fall genau informiert.

Die Zeugin Frau Vieira, die in Dakar befragt wurde, berichtete, daß ihr Mann angeblich Selbstmord begangen haben soll, indem er aus einem Fenster sprang; das fragliche Fenster befand sich jedoch nur zwei Meter über dem Erdboden.

2. POLIZEI- UND JUSTIZTERROR GEGEN POLITISCHE HÄFTLINGE

Der Geistliche Murray McInnes sagte über Angola aus, daß ungeachtet strenger

Gesetzesvorschriften ein Fehlen einschränkender Rechtsmittel es den portugiesischen Behörden immer leicht mache, jede beliebige Person mit oder ohne legale Anklagen zu verhaften oder zu mißhandeln. Die Techniken, Geständnisse zu erpressen und willkürliche Inhaftierungen zu sanktionieren, sollen seit März 1961 noch rücksichtsloser als vorher angewandt worden sein. Zu diesem Zeitpunkt erzwangen die (portugiesischen) Siedler, die um ihr Leben und um ihren Besitz fürchteten, die Beseitigung aller einschränkenden prozeßrechtlichen Regelungen, die anscheinend das Recht der einheimischen Bewohner oder der verdächtigten Weißen schützten.

Nach der Aussage dieses Zeugen wurden in den Jahren 1961 und 1962 viele seiner Kollegen in den Missionsstationen verhaftet und für Monate und Jahre inhaftiert, ohne daß sie jemals den Inhalt der gegen sie gerichteten Anklagen erfahren hätten. Ihnen wurde weder der gesetzlich garantierte Rechtsbeistand gewährt, noch wurde den meisten von ihnen erlaubt, mit ihren Familien Verbindung aufzunehmen.

Die Zeugenaussage des Geistlichen McInnes ergab, daß nur wenige Afrikaner von sich aus eine Aufklärung der gegen ihre Verwandten und Freunde erhobenen Beschuldigungen zu erreichen suchen, und zwar aus Furcht davor, bei der Sicherheitspolizei, der vormaligen PIDE als Unruhestifter registriert zu werden. Er wies darauf hin, daß die portugiesischen Behörden konstant gegen Artikel 5 der Deklaration der Menschenrechte ⁵⁾ und gegen Artikel 270 ihrer eigenen Strafprozeßordnung ⁶⁾ durch rücksichtslose Gefangenemißhandlungen verstoßen. So hätten ihm in mehreren Fällen Gefangene über unmenschliche Behandlung, schwerwiegenden Nahrungsmittelentzug und unhygienische Haftbedingungen berichtet. Er behauptete, erlebt zu haben, wie Menschen mit der "palmatoria" ⁷⁾ gefoltert wurden; ferner habe er die geschwollenen geschlagenen Hände von Männern gesehen, die kurz vorher in einem Gefängnis gewesen seien. Schließlich sprach er davon, daß viele Gefangene aufgrund der Mißhandlungen starben oder aber Selbstmord begingen, um der Folter zu entfliehen; er nannte die Namen von drei Mitgliedern einer Familie, Armando Cacunda, Julio Cacunda und des Geistlichen Gaspar Vanhale Cacunda, die angeblich während der Kerkerhaft verschwanden.

J.B. Nguvulo bezeugte, daß die Sicher-

heitspolizei in Angola gegenwärtig 2000 bis 3000 Escudos an Spitzel zahlt; diese hätten in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einzudringen und über das, was sie hörten, zu berichten. Jede Auseinandersetzung zwischen einem Weißen und einem Schwarzen, ein Brief aus dem Ausland, die Fotografie eines politischen Häftlings oder von jemandem, der in Ländern lebt, die die Befreiungsbewegung unterstützen, könnten Grund für eine Inhaftierung sein.

Nach dem Geistlichen McInnes bleiben trotz des formellen Ersatzes der PIDE durch die DGS die bisherige Form repressiven und grausamen Vorgehens und das alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende Spitzelsystem erhalten.

Der Zeuge Martin Ennals sagte aus, daß die geheime oder politische Polizei vor kurzem ihren Namen geändert hätte, hingegen nicht ihren Charakter.

Der Zeuge A., ein angolesischer Student und früherer politischer Häftling, erwähnte, daß sich nur der Namen verändert hätte; denn die dort tätigen Polizeiagenten seien die gleichen geblieben, wie z.B. Dr. São José, der Chef der Geheimpolizei in Angola und der Brigadechef Varatojo, der besonders aktiv Studentendemonstrationen oder Widerstand aller Art unterdrückt hat.

Der Geistliche Lawrence Henderson bezeugte, daß die portugiesischen Behörden in Angola viele einheimische Personen einfach deshalb verhafteten, weil diese Behörden sich vor jedem Einzelnen und vor jeder Gruppe fürchteten, die eigene unabhängige Ideen haben könnte. Der Verdächtige wird ohne formell gegen ihn erhobene Anklage zum Verhör in Haft gehalten; das Fehlen einer Anklage macht jedoch jede Verteidigung unmöglich. Die Gefangenen werden einfach aufgefordert oder gezwungen, ihre Verbrechen zuzugeben; diese Geständnisse werden dann niedergeschrieben und unter Bedingungen unterschrieben, in die der Außenstehende nur schwer Einblick gewinnen kann. Der Geistliche Henderson bezeugte, daß er die offiziellen, in Luanda aufbewahrten Polizeiberichte gesehen habe, die die Einkerkierung von vier Angolesen in den Jahren 1967 und 1968 betrafen; diese hatten mit protestantischen Missionsstationen in Verbindung gestanden. Er berichtete im Einzelnen über diese Fälle.

Nach der Aussage des Geistlichen Henderson ist das portugiesische System der Be-

handlung politischer Gefangener repressiver und noch weitaus brutaler als die Methoden, die offenbar in Rhodesien und Südafrika bei der Behandlung der Gefangenen angewandt werden. Die offizielle Gefangenakte enthält nur ein Geständnis, das der Gefangene in den meisten Fällen im Gefängnis - gewöhnlich in Einzelhaft und unter starkem Zwang - ablegt. Während des Verhörs werden die Menschen bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen und einige von ihnen erlangen niemals wieder das Bewußtsein.

Nachdem das Geständnis unterzeichnet und von den zuständigen Behörden geprüft worden ist, wird die betreffende Person in der Regel in eines der Konzentrationslager transportiert, die in Angola z.B. in São Nicolau oder in Serpa Pinto eingerichtet worden sind. Einige Gefangene werden auf die Kapverdischen Inseln verschleppt, andere bleiben in den Gefängnissen. Der Zeuge sagte aus, daß mehrere hundert Gefangene in dem "Erholungszentrum" von São Nicolau untergebracht worden seien; unter diesen befänden sich 35 protestantische Geistliche.

Der Zeuge Nguvulo sagte aus, daß die Gefangenen in den Konzentrationslagern in Menongue und in Ba dos Tigres ununterbrochen Monate und Jahre Zwangsarbeit zu verrichten hätten, bis sie völlig verkrüppelt wären. Im Gefängnis von Menongue sind bekannte Gefangene wie der Häuptling Tambue, die Lehrer Filipe Diamantino und André Eyuva, der Pfarrer Andre Kapinje und andere während des Verhörs gefoltert worden. Die Zwangsarbeit bestand offenbar darin, Steine mit den Fingernägeln auszugraben. Im Gefängnis von Ba dos Tigres sollen die Gefangenen den Raubfischen zum Fraß vorgeworfen worden sein; jeder, dem es gelang, lebend herauszukommen, war für sein Leben verkrüppelt. Der Diakon Bastos Zangawe aus Tschissamba (Bié) und sein Assistent Paulo Thindombe sollen dort von PIDE-Agenten umgebracht worden sein. 15 Studenten aus Bela Vista sollen mitten in der Nacht verhaftet und ohne Erklärung mit einem Sonderflugzeug nach Ba dos Tigres transportiert worden sein. Sieben von ihnen kamen dort um; die acht anderen warten noch immer auf ihren Prozeß. Der Zeuge sagt ferner aus, daß das Gefängnis von Mombaka in Mittelangola das entsetzlichste sei und daher das "Schlachthaus für Angolesen" genannt würde. In diesem Gefängnis wurden 8 bis 10 Gefangene in derselben feuchten und Krankheit hervorrufenden Zelle auf

engstem Raum zusammengepfercht. Zu den Mahlzeiten gab es manchmal ein wenig Licht sonst wurde die Zelle nur beleuchtet, wenn der PIDE-Offizier eintrat. Die Nahrung wurde durch ein kleines Loch geworfen. Pastor Gaspar Vanyale, seine Söhne Armando und Julio Kakunde, die Lehrer David Tschamba-Suku und Alvaro Lutukuta und der Student A-rao Kunga Kassoma sollen dort nach den Folterungen umgekommen sein.

Der Zeuge Nguvulo beschrieb die Verhörtechniken, die in allen Gefängnissen der PIDE angewandt werden: er wies darauf hin, daß die Befragung inhaftierter Personen von einem PIDE-Agenten zusammen mit 8 oder 10 Helfershelfern durchgeführt werden. Der Gefangene wird gezwungen, sich auf einen elektrischen Stuhl zu setzen, der sich sehr schnell dreht, während ein Offizier der PIDE 10 Minuten lang sandhaltiges Salzwasser über ihn gießt. Während der Befragung stehen auf jeder Seite des Gefangenen zwei PIDE-Offiziere, die ihn immer dann mißhandeln, wenn er nicht antwortet. Wenn die Antworten öfter negativ als positiv ausfallen, wird der Gefangene erneut gequält, in seine Zelle gebracht und geschlagen. Diese Prozedur wird zweimal täglich wiederholt und sehr oft stirbt der Gefangene unter den Auswirkungen der Folterungen. Manchmal wird er nackt auf dem Stuhl verhört, an eine Tonne mit Sand gefesselt und gefoltert, indem Holzstäbchen in seine Nase gesteckt werden, bis er nicht mehr atmen kann, indem seine Fingernägel ausgerissen oder Holzstäbchen in seine Sexualorgane gesteckt werden.

Martin Ennals bezeugte, daß eine Anzahl von Einwohnern aus Angola und Mocambique, die in Portugal studierten oder arbeiten, zur Zeit der Wahlen im letzten Oktober⁸⁾ wegen der Unterstützung der Befreiungsbewegungen in ihren Territorien verhaftet worden seien. Unter ihnen befand sich der Pater Pinto de Andrade, der afrikanische Sekretär des Erzbischofs von Luanda, der zehn Jahre entweder im Gefängnis oder in Hausarrest verbracht haben soll, seitdem er erstmals 1960 in Portugal inhaftiert wurde. Ein anderer Priester, Pater Lino de Guimarães, soll kurz nach seiner Rückkehr nach Angola Anfang 1970 tot aufgefunden worden sein, mit Symptomen, die auf Mord hindeuteten. Nach diesem Zeugen sind in Kuanda im Oktober 1969 ungefähr 70 weitere Angolesen aus denselben Gründen verhaftet worden und unbegrenzt ohne Urteil in Haft gehalten worden. Er sagte, daß einige in das Gefängnis von Sao Nico-

lau transportiert worden seien, andere seien in dem Gefängnislager Tarrafal (cháo Bom) auf einer der kapverdischen Inseln festgehalten worden. In diesen Fällen sei kein Gericht eingeschritten, um die Tatbestände zu überprüfen. Die Anordnungen zur Internierung wurden von der Kolonialregierung auf der Grundlage von Informationen erlassen, die von der portugiesischen Polizei stammten. Dem Zeugen Ennals zufolge gibt es zur Zeit allein im Lager Sao Nicolau 2.900 Häftlinge.

Der Zeuge Marques Munucapuyi sagte aus, daß er unter den Gefangenen Freiheitskämpfer, alte und blinde Menschen sowie Frauen gesehen habe, die ermordet worden seien und deren Leichen verstümmelt wurden, indem die portugiesischen Soldaten Ohren, Finger und sogar Geschlechtsorgane abschnitten und ihnen in den Mund steckten. Um von seinem Freund Fulai ein Geständnis zu erzwingen, seien ihm die Hoden mit Zangen zerquetscht worden. Dies sei am 2. Juni 1969 in der Region Luatomba (Angola) geschehen.

Der Zeuge berichtete, daß seine Gruppe am 6. September 1969 eine Frau begraben habe, die Rodrina hieß und die gefangen genommen worden war, als das Dorf in dem sie lebte, durch Brand völlig vernichtet wurde. Sie und ihr Säugling wurden getötet. Darauf wurde ihr der Bauch geöffnet und das tote Kind hineingelegt. Die Leichen seien für jeden sichtbar auf dem Boden liegen gelassen worden. Der Zeuge sagte weiter aus, daß am 1. Dezember 1969 einige Häftlinge mit der Machete geköpft worden seien.

Der Lehrer Buanja Horacio bezeugte, daß er am 8. November 1969 anwesend war, als die Dorfältesten und andere Einwohner eines Dorfes gegen die portugiesischen Truppen protestierten, die ihnen ohne Bezahlung Vieh, Vorräte und Früchte weggenommen hatten. Nach dem Bericht des Zeugen töteten die Portugiesen daraufhin einige der Dorfältesten ... Sie wurden im Dorfe Lucussi mit einem Knüppel totgeschlagen, weil sie die anderen dazu ermuntert hatten, Widerstand zu leisten.

Weiter berichtete der Zeuge Horacio, daß am 12. März 1969 um zwei Uhr nachmittags im Dorfe Canachi ein zwölfjähriges Mädchen, Eshiwunda, ermordet worden sei, als es vergeblich zu verhindern versuchte, daß seine Mutter von portugiesischen Soldaten vergewaltigt wurde. Er sagte ferner aus, daß, als er mit einigen Freiheits-

kämpfern dem von portugiesischen Soldaten überfallenen Dorf zu Hilfe eilen wollte, sie zu spät kamen; sie konnten nur noch das kleine Mädchen begraben. Er versicherte, daß er am 9. September 1969 in Chizambula eine verstümmelte 45jährige Frau, Patricia Chisengo, gesehen habe, deren Ohr von portugiesischen Soldaten abgeschnitten worden war; sie hatten vorher versucht, die Frau zum Sprechen zu bringen, indem sie ihr mit dem Bajonett in den Magen und dann in den Hals stachen. Horacio bezeugte außerdem, daß die portugiesischen Soldaten am 10. Oktober 1969 in dasselbe Dorf Chizambula zurückkehrten und 25 Männer töteten; einem der Männer schlitzen sie den Bauch auf und füllten ihn zum Austrocknen mit Salz, das sich wie eine Art Einbalsamierung auswirkte; die Soldaten ließen eine Mitteilung zurück, nach der diese Tat den Leuten zeigen sollte, daß die Portugiesen die Herren Angolas seien. Schließlich berichtete er noch, daß die Portugiesen während der Volkszählung im Juni 1969 in dem Dorf Chitembo den jungen Frauen befahlen, sich zu entkleiden; darauf wählten sie diejenigen unter ihnen aus, die ihnen am besten gefielen und schlepten sie in ihre Jeeps.

Der Zeuge C sagte aus, daß er 1962 als Mitglied einer Partei nach Angola gekommen sei, die von den portugiesischen Behörden anerkannt worden war, und daß er ein Abkommen mit den Territorialbehörden in Nordangola geschlossen hatte. Diese Partei hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die im Wald lebenden Flüchtlinge zurückzurufen und die Dörfer in dieser Region wieder zu bevölkern. 90 Tage später hätten die portugiesischen Behörden alle Distriktschefs und Mitglieder dieser Partei in Angola verhaftet und ins Gefängnis von Sao Paulo (Luanda) transportiert, wo viele von ihnen ermordet und andere lebendig begraben wurden.

Der Zeuge A sagte, daß er während seines dreimonatigen Aufenthaltes im Gefängnis von Sao Paulo drei Tage und Nächte lang von dem Polizeiagenten Varatojo verhört und gefoltert worden sei. Jedesmal, wenn er einzuschlafen begann, wurde er von einer Wache mit Schlägen gezwungen, wieder aufzustehen. Er sprach davon, daß es in dem Gefängnis viele Menschen gegeben habe, die gefoltert wurden. Dies sei den Stimmen und dem Lärm zu entnehmen gewesen, die er wahrgenommen hatte, als die Gefangenen geschlagen wurden. Meistens wurden Eisenstangen oder Teile von Gummireifen als

Schlaginstrumente benutzt; die jeweils der Folter ausgesetzte Person wurde gezwungen, sich zu entkleiden und auf den Boden zu legen. Daraufhin wurde sie mit Teilen von Gummireifen geschlagen. Nach dem Zeugen A wurden einige politische Häftlinge von Luanda in ein Konzentrationslager auf die Insel Sao Tomé im Atlantik verschleppt. Den portugiesischen Truppen soll es bei solchen Transporten erlaubt sein, die Flugzeuge zu öffnen und die Menschen in den Atlantik zu werfen. Andere werden einfach erschossen.

Der Zeuge Paulo Jorge sagte, daß überall in Angola die Händler, Geschäftsleute und Landbesitzer eine Reihe von Deportationen veranlaßt hätten, weil das Land, wenn die Eigentümer abwesend sind, konfisziert werden darf. Der Zeuge wies darauf hin, daß in der Regel die Gefangenen eine unmenschliche Behandlung durch die Polizei erfahren. So werden ihnen nach seiner Aussage die Nägel abgerissen, sie werden mit Zigaretten gebrannt, sie werden gezwungen, 24-72 Stunden wach zu bleiben. Weiter gehört zu den Foltermethoden, daß sie bis zu einem Monat in Einzelhaft gehalten und mit der Palmatoria auf die Handflächen, Füße und Sohlen geschlagen werden, bis diese bluten. Den Männern werden mit Zangen die Hoden zerquetscht. Sie werden in Zellen inhaftiert, die nur einen Quadratmeter groß sind und die ein Loch in der Mitte des Daches haben, von dem jeweils 30 Minuten lang abwechselnd kochendes und kaltes Wasser auf die Gefangenen geschüttet wird.

3. MASSAKER AN DER ANGOLESISCHEN ZIVILBEVÖLKERUNG DURCH DIE PORTUGIESISCHEN TRUPPEN

Dr. Anna Wilson bezeugte, daß die portugiesischen Truppen unter dem Vorwand, Stützpunkte der Terroristen zu zerstören, täglich mit Napalmbomben die schutzlosen angolesischen Dörfer und ihre Einwohner bombardierten. Die Zeugin berichtete, daß sie auf ihren Reisen ins Innere des Landes Dörfer gesehen habe, die niedergebrannt worden und deren Einwohner in den Wald geflohen waren. Dr. Wilson berichtete, daß sie im Januar 1970 in der unter der Kontrolle der MPLA befindlichen Zone 3 ein zweijähriges Kind gegen Brandwunden am rechten Arm und am Leib als Folge von Napalmbombardierungen behandelt habe, bei denen die Mutter des Kindes umgekommen sei. Andere Opfer der Bombardierungen litten an Schocks und anderen Verletzungen, wie z.B. Dr. Americo Boavida, der vor zwei

Jahren in der als dritte Region bekannten Zone gearbeitet habe. Sie sagte ferner aus, daß sie mehrere Personen behandelt habe, die von Hubschraubern aus mit Maschinengewehrfeuer angegriffen worden waren. Diese Hubschrauber terrorisierten die Bevölkerung. Bei ihren Angriffen werden viele Menschen sofort getötet; anderen werden Arme und Beine von Maschinengewehrkugeln völlig verstümmelt. Sie berichtete von einem Freund, dessen Hände zerschossen worden waren.

Nach der Aussage von Dr. Wilson tauchten portugiesische Truppen während eines Dorffestes plötzlich auf, auf dem die Bewohner bis zur Morgendämmerung tanzten, und schossen aus Maschinengewehren auf sie. Zehn Menschen kamen dabei ums Leben; die Frauen, denen es gelang, die nächste medizinische Betreuungsstelle zu erreichen, befanden sich in einem beklagenswerten Zustand und litten bereits an Wundbrand. Sie berichtete, daß die portugiesischen Truppen mit Hubschraubern die Dörfer überfallen, die Ernte stehlen, die Bewohner foltern und zusammentreiben und sie in sogenannte "strategische Dörfer" verschleppen, in denen sie verhungern. Um den Hubschrauberüberfällen zu entgehen, lebt die Bevölkerung im Busch. Dort fehlt es ihr an jeglichen hygienischen Einrichtungen. Die Folge ist, daß die Bewohner ganzer Dörfer an Ruhr, Augenkrankheiten, Parasitenkrankheiten und anderen Beschwerden leiden.

Pedro Hendrick Vaal Neto bezeugte, daß portugiesische Truppen das Dorf Malange angriffen, das sie nur deshalb dem Erdboden gleichmachten, weil sie annahmen, daß sich in dem Dorf eine Zelle der Befreiungsbewegung gebildet habe. Bei diesem Angriff kamen 247 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, um. Die übrig gebliebene Bevölkerung floh in die befreiten Gebiete. Ein anderer Zeuge, Frederico Casimiro, sagte aus, daß am 23. Mai 1970 um 11.35 vormittags die Portugiesen die mit Erdnüssen und Mais bebauten Felder bei Quibumbe-Zala, im angolesischen Bezirk Luanda, mit Artilleriegeschossen und Maschinengewehren angegriffen haben. Ein dritter Zeuge, S.A. Kongo berichtete, daß er und andere Dorfbewohner im Jahre 1968 ungefähr 778 Opfer der Bombardierungen von Feldern und Dörfern in Nordangola gezählt hatten.

Der Zeuge Kayombo Muyeye sagte aus, daß die Einwohner von Chifumaji in Angola ihr Dorf verlassen mußten, um für den Bau portugiesischer Kasernen Platz zu machen.

Die Dorfbewohner wurden in einem von der übrigen Umwelt abgetrennten Lager untergebracht, in dem viele erkrankten und offensichtlich infolge des Genusses von vergiftetem Salz starben. Nachdem viele geflohen waren, wurde das Lager mit einem Stacheldrahtzaun umgeben und den Lagerinsassen unter Androhung der Todesstrafe verboten, das Lager ohne Pass und bewaffneten Wächter zu verlassen. Nach dem Zeugen sind in diesen Lagern als Vergeltungsmaßnahmen für portugiesische Verluste unschuldige Menschen ermordet worden.

Der portugiesische Soldat Alberto Pinto berichtete, daß er sich während seiner Militärzeit in Angola vor seiner Desertion im Jahre 1961 am 13. Mai desselben Jahres im Dorf Catete aufgehalten hatte, in dem die Soldaten auf Befehl die Häuser niederbrannten. Anschließend drangen sie in Cambatela ein und brannten auch dieses Dorf völlig nieder. Vor diesen Überfällen war den Soldaten gesagt worden, daß sie die ganze Rasse ausmerzen sollten. Der Zeuge sagte, daß er nach diesen Vorfällen beschlossen habe, sich über die Grenze in die demokratische Republik Kongo zu flüchten.

4. EINSATZ CHEMISCHER WAFFEN GEGEN DAS ANGOLESISCHE VOLK

Nach dem Zeugen Lara erfordert die Lage in Angola ein Einschreiten der Vereinten Nationen, um dem Verbot von Unterdrückungsmethoden Geltung zu verschaffen, die vom Völkerrecht verworfen, jedoch von den Portugiesen durch die Anwendung chemischer Waffen, z.B. von Herbiziden - insbesondere von Tordon - angewandt werden.

Die Zeugin Dr. Anna Wilson sagte aus, daß die portugiesischen Truppen besonders in letzter Zeit Chemikalien zur Vernichtung der Ernte benutzen. Sie berichtete, daß die chemischen Kampfstoffe zum erstenmal im April und Mai 1970 gegen die Bevölkerung der befreiten Gebiete der angolischen Zone 3 verwandt wurden. Die Herbizide und Entlaubungsmittel sollen aus 2,4 - D (Dichlorophenoxyessigsäure), 2,4,5 - T (Trichlorophenoxyessigsäure), Kakodylsäure und Picloram bestehen.⁹⁾ Nach der Aussage der Zeugin greifen diese Chemikalien nicht nur die Pflanzen an, sondern rufen auch beim Menschen Erkrankungen der Lungen, des Magens und des Zahnfleisches sowie Durchfall hervor. Wenn diese giftigen Chemikalien unmittelbar gegen Menschen angewandt werden, sterben viele

nach wenigen Minuten. Wenn z.B. Manioksträucher oder Kartoffeln mit Entlaubungsmitteln besprüht werden, weisen sie in nicht einmal 24 Stunden deutliche Verfallerscheinungen auf und ihre Blätter verwelken.

Alfonso Mundandano sagte als Zeuge aus, daß am 20. Mai 1970 ein portugiesisches Flugzeug über seinem Dorf im Gebiet von Moxico in Angola chemische Kampfstoffe versprüht habe. Diese zerstörten die gesamte Ernte, den Vieh- und Fischbestand und riefen unter den Bewohnern des Gebietes Krankheiten hervor. Diese Menschen waren zudem gezwungen, die betroffene Gegend zu verlassen, weil es nichts mehr zu essen und zu trinken gab. Er berichtete ferner, daß die Portugiesen versuchten, die Nahrungsquellen zu vernichten und Flugblätter abwarfen, in denen sie androhten, wiederzukommen, wenn der Widerstand in diesen Gebieten anhielte. Nach der Aussage des Zeugen Mundandano waren die Gebiete um Buçaco, Leua, Cameia, Lumbala und Cazombo im Bezirk von Moxico Ziele von Angriffen mit Giftgas. Der Zeuge Kongo sagte aus, daß sich durch Einsatz von Chemikalien zerstörte Pflanzungen auch in der Operationszone im Norden befänden; und zwar in der Gegend von Ambriza, Zala, Besa, Monteiro, Negage, Caipemba, Dange, Caxito, Quitece, Ambrizete, Quicabo, Ucuá, Canacassala und Nambuanguo; und ferner in der zweiten Operationszone, in Terreiro, im Bezirk Cuanza Norte, in Bolongongo, Gondo, Rio Mawalawala und Camacilu.

Nach Aussage des Zeugen Kongo benutzen die Portugiesen große Flugzeuge der Lufttransportdivision in Angola, die geeignet sind, Plantagen mit Chemikalien zu besprühen, weil sie in niedriger Höhe, d.h. 60 Meter über der Erde, einsetzbar sind. Der Zeuge berichtete, daß zwei Tage nach dem Angriff die Wurzeln der Maniokpflanzen und der Bananenstauden zu verfaulen beginnen. Andere Pflanzen, z.B. Kassaesträucher, Bohnen und Erdnüsse werden ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Ferner sagte er aus, daß diese vergifteten Nahrungsmittel bei den Kindern Husten hervorrufen, der zwei Wochen andauert, und der zum Tode führen kann.

Anmerkungen (des Übersetzers)

7) Dieser Service der Bundesregierung zugunsten des portugiesischen Kolonialregimes in Angola gewinnt besonders dadurch eine weitere makabre Dimension, daß den Hamburger Bürgern medizinischen Dienstleistungen

gen entzogen werden. Diese Inanspruchnahme medizinischer Kapazitäten durch portugiesische Soldaten führt bei der katastrophalen Lage des Gesundheitswesens im sozialdemokratisch regierten Stadtstaat zusätzlich zu verlängerten Wartezeiten bei der Aufnahme erkrankter Hamburger in die hantseatischen Krankenanstalten.

- 2) PIDE (=Policia Internacional de Defesa do Estado), die 1945 gegründete portugiesische Geheimpolizei, die Salazar unmittelbar unterstand und ähnliche Vollmachten und Funktionen besaß wie die Gestapo innerhalb des deutschen faschistischen Herrschaftssystems. Per Regierungsdekret vom 24.11.1969 wurde die PIDE in die nun dem portugiesischen Innenminister unterstehende "General-direktion für Sicherheit" (Direcçao General de Seguranca = DGS) überführt, ohne daß sich damit am faschistischen Charakter dieser staatlichen Repressiv-gewalt etwas änderte.
- 3) UPA (= Uniao das Populaçoes de Angola), Volksunion von Angola, in der sich seit 1954 vornehmlich der im nördlichen Angola ansässige Stamm der Bakongo unter der Führung von Holden Roberto mit dem Ziel politisch organisierte, die politische Unabhängigkeit zu erringen, ohne daß damit soziale Umwandlungen angestrebt wurden. Sie erhielt, bevor sich die amerikanische Politik mit dem portugiesischen Kolonialregime in Afrika arrangierte, offenbar während der Kennedy-Administration amerikanische Unterstützung und verlor nicht zuletzt durch diesen Wandel der amerikanischen Politik zunehmend an Einfluß.
- 4) MPLA (= Movimento Popular de Libertação de Angola), die Volksbewegung für die Befreiung Angolas, die 1956 entstand und sich in einem harten Selbstbehauptungskampf gegen die Übergriffe der portugiesischen Kolonialmacht und gegen die beschränkte, gleichwohl nicht einflußlose politische Praxis der UPA zur dominierenden sozialen und politischen Kraft innerhalb des Befreiungskampfes des angolesischen Volkes entwickelte. Die MPLA kontrolliert heute ungefähr ein Drittel des gesamten angolesischen Territoriums.
- 5) Art. 5 der UNO-Menschenrechtserklärung verbietet Folterungen und sonstige unmenschliche Behandlung von Gefangenen.
- 6) Art. 270 der portugiesischen Strafprozeßordnung schreibt vor, daß Vernehmungen Angeklagter durch einen Richter in Gegenwart eines staatlichen Anklagevertreters und eines Rechtsbeistandes, der vom Angeklagten oder vom Gericht zu bestimmen ist, zu erfolgen haben.
- 7) Die "palmatoria" ist ein hölzernes Schlaginstrument, an dessen zum Schlagen bestimmten Ende sich offensichtlich viele Löcher befinden. Mit diesem Gerät schlagen die folternden Polizeibeamten dem zum Verhör vorgeführten Gefangenen auf die offene Handfläche, auf der sich die Löcher des Geräts festsaugen, so daß jeder Schlag einen intensiven und anwachsenden Schmerz verursacht.
- 8) Dabei handelt es sich um die Wahlen vom 26.10.1969, bei denen ungefähr 10% der Bevölkerung Portugals und 1% der Bevölkerung der Portugiesischen Kolonialbesitzungen wählen konnten. Da aufgrund des Fehlens politischer Grundrechte, wie der Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit usw., politische Oppositionsgruppierungen in Portugal keine Durchsetzungschancen besitzen, fielen alle Sitze an die

einzig zugelassene faschistische Einheitspartei, die Uniao Nacional.

- 9) An anderer Stelle des UNO-Berichts heißt es, daß nach Aussage der Zeugin Dr. Anna Wilson diese auch in Vietnam verwandten chemischen Kampfstoffe aus der BRD stammten. Die vollständige Stelle im Bericht lautet: "Dr. Anna Wilson berichtete der Gruppe (dem fünfköpfigen Unterausschuß der UNO; d.Übersetzer), daß sie die von den Portugiesen verwandten Chemikalien auf ihre Zusammensetzung hin untersucht habe, und sagte aus, daß diese Chemikalien aus der BRD stammten." (Vgl. E/CN.4/1050, S. 197 f.)

(Quelle: UNO-Dokument E/CN.4/1050

S. 136f., S. 141 - 147, S. 179f, S. 183f.)

Die Zwischenüberschriften stammen vom Übersetzer.

Im Kampf des unterdrückten Volkes von Angola gegen den portugiesischen Kolonialismus kommt nicht nur der bewaffneten Auseinandersetzung eine große Bedeutung zu, sondern auch dem Aufbau in den befreiten Gebieten. Besonders wichtig ist hierbei der Auf- und Ausbau des Erziehungs- und Schulwesens in einem Land mit einer so hohen Analphabetenrate wie der Angolas.

Deshalb drucken wir den folgenden Aufruf der MPLA, die dringend Spenden benötigt, um ihr Erziehungsprojekt durchführen zu können.

Spenden sind zu richten an:

Postscheckkonto Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm Breuer, 5 Köln 1, Roonstraße 29

ERZIEHUNG- EIN STRATEGISCHER FAKTOR DER BEFREIUNG

Während der letzten 14 Jahre hat die MPLA einen erbitterten Kampf für die Unabhängigkeit Angolas geführt und gleichzeitig gegen die Unwissenheit gekämpft, deren sich die portugiesischen Kolonialisten gegen unser Volk bedienen. Von Anbeginn des Kampfes waren geheime Schulen ein mächtiges Kampfinstrument gegen Unwissenheit und für die Befreiung.

Seit Beginn des Befreiungskrieges und den sich hieraus ergebenden Erfordernissen schuf die MPLA spezielle Einrichtungen, um die verschiedenen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die als Ergänzung des Befreiungskampfes in anderen Bereichen geplant sind. Eine davon ist die Abteilung für Erziehung und Kultur (DEC), die für die Erziehung und Ausbildung der Kader verantwortlich ist.

In den befreiten Gebieten gewähren die Schulen und Zentren der revolutionären Aus-

bildung (CIR's) den Kindern, Erwachsenen und Kämpfern jene Ausbildung, die ihnen von der kolonialistischen Herrschaft vorenthalten wird. Die Schwierigkeiten wurden Schritt für Schritt überwunden; die Infrastruktur einer wirklich nationalen Erziehung wird allmählich gefestigt.

1969/70 konnten wir eine bestimmte Anzahl von Lehrbüchern herstellen, die gewisse Lücken in der Grundschulerausbildung schlossen. Trotz der Tatsache, daß sie zur Zeit noch keine Vervielfältigungsmaschinen hat, konnte die DEC die Schulen der MPLA mit einem mächtigen Lerninstrument ausrüsten: dem Buch. Nach Verbesserungen, die als Ergebnis der Anwendung angeregt wurden, werden die endgültigen Fassungen der Lehrbücher gedruckt.

Im September 1969 untersuchte das 1. Lehrerseminar im Süden der 3. Region einige Probleme der Erziehung, die sich aus den schwierigen Bedingungen unseres Krieges ergeben, und beschloß bestimmte Maßnahmen, die sich als wirksam erwiesen haben. Neben der Erhöhung der Anzahl der Lehrer ist in dieser Phase die Ausbildung ein Hauptproblem, da die meisten Kader, die für diese Arbeit eingesetzt werden können, durch die mannigfachen Aufgaben überlastet sind, die ein Teil des Krieges selbst sind.

Die Ausbildung der politisch-militärischen Kader in den Zentren der revolutionären Ausbildung macht sehr gute Fortschritte. Eine Reihe Kommandoführer, politischer Aktivisten, Verteidiger des Volkes (Milizsoldaten) und Führer für die Organe der Volksmacht - Männer wie Frauen - haben die Kurse besucht, die von der CIR's organisiert wurden und verließen sie reich an Wissen, das ihnen helfen wird, die zunehmend umfangreichen Aufgaben des Befreiungskrieges und des Wiederaufbaus unseres Landes zu erfüllen.

Die weiterführende Bildung, die die Kandidaten für ein Universitätsstudium vorbereiten soll, schließt ein Sofortprogramm ein, das hauptsächlich Grundprobleme umfaßt. Diese weiterführende Bildung geht der notwendigen technischen Ausbildung voraus, die aufgrund der enormen materiellen Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen, erst im Aufbau ist.

Es wird ein Programm für die Herausgabe von Lehrbüchern für die angolische Sprache und für die Ausbildung von Literaturlehrern vorbereitet. Es gibt auch einen Plan, einen Komplex für die Unterbringung des jetzigen "Studentenheims des 4. Februar" und des "angolischen Instituts für Bildung" in Dolisie (Kongo Brazzaville) dicht an der Grenze zur

Region Cabinda zu errichten.

Die Ausbildung von Krankenschwestern (durchgeführt vom medizinischen Hilfsdienst) und die Unterrichtung in anderen Fähigkeiten, die enger mit den militärischen Aufgaben verbunden sind, entwickeln sich ebenfalls in einem durchaus befriedigendem Umfang.

Bei der Durchführung ihrer Ausbildungsprogramme konnte sich die MPLA schon auf die aktive Solidarität einiger Privatpersonen und Institutionen stützen. Doch die Größe und die Vielfältigkeit der Aufgaben zwingen uns, besonders im Hinblick auf die folgenden dringenden Befürfnisse, um weitere aktive Solidarität zu bitten:

- 1) Den Bau eines Lehrkomplexes in Dolisie, das fünf Blocks umfaßt (Studentenheim, Grundschule, weiterführende Schule, Sekretariat und Küche), mit annähernd 50 Räumen insgesamt.
- 2) Ausstattung für Physik-, Chemie-, Zoologie-, Botanik- und Mineralogielaboratorien, einschließlich Wandkarten.
- 3) Vier Landrover (oder ähnliches), darunter ein Lieferwagen.
- 4) Vier Schreibmaschinen mit Schlitten von mindestens 50 cm Länge und Tastatur für Portugiesisch.
- 5) Vervielfältigungsmaschinen mit Zubehör vom Typ Gestetner.
- 6) Ausstattung des Studentenheims für 500 Personen: Laken, Feldbetten, Decken, Handtücher, Deckel, Teller, Töpfe, Bratpfannen, Kessel, Zelte und Seesäcke.
- 7) Schulausstattung: Übungshefte, Bleistifte, Kugelschreiber, Radiergummis, Farbstifte, Schultaschen, Zeichengeräte, Lineale, Zeichendreiecke, Winkelmesser, geographische Karten, Skelette, Zirkel und Winkelmesser für Wandtafeln.
- 8) Ausstattung für die landwirtschaftliche Arbeit einschließlich Saatgut.
- 9) Sportausrüstung (Fußball, Volleyball, Basketball, Leichtathletik, Schach).
- 10) Eine Offset-Druckmaschine und Zubehör.
- 11) Tonbandgeräte mit drei Geschwindigkeitsstufen.
- 12) 16 mm Filmkameras mit Projektoren und Leinwände.
- 13) Diaprojektoren
- 14) Zwei Generatoren
- 15) Zusatznahrung für Kinder (Milch, Weizenmehl, Öl, Konserven).

Angesichts unserer Bedürfnisse möchten wir alle unsere Freunde daran erinnern, daß alle Lieferungen für die weiterführende Ausbildung an folgende Adresse gerichtet werden

sollten:

DEC/MPLA
B.P. 2353
Brazzaville
People's Republic of the
Congo

Andere Lieferungen sollten an folgende
Adresse gesandt werden:

DEC/MPLA
P.O. Box 20793
Dar es Salaam/Tanzania

Wir möchten gerne weitere Informationen
geben und auch Adressen benennen, an die alle
möglichen besonderen Güter geschickt werden
können. Wir werden für alle Hilfe sehr dank-
bar sein!

Für Unabhängigkeit und
Bildung!
Der Sieg ist sicher!

DEC Nr. 2

Dezember 1970

(Quelle: Angola in Arms
information organ of the People's
Movement for the Liberation of
Angola
No. 1, February 1971, Vol. 2)

DRV

Trotz der offiziell verkündeten Einstellung
der Bombenangriffe auf das Gebiet der DRV,
werden weiterhin Luftangriffe gegen Gebiete
in der DRV geführt, angeblich als Vergeltungs-
maßnahme für abgeschossene Aufklärungsflug-
zeuge über dem Hoheitsgebiet der DRV.

Hiermit setzen wir die in AIB Nr.5 und Nr.6
1970 und Nr.1/1971 begonnene Berichterstat-
tung über die "Internationale Untersuchungs-
kommission über die Kriegsverbrechen der USA
in Indochina" fort. Die 2. Sitzung dieser
Kommission tagte vom 20.-25.Juni in Oslo.

US-AMERIKANISCHE ÜBERGRIFFE AUF DIE SOUVERÄNITÄT UND SICHERHEIT DER DRV (1.11.1970-31.3.1971)

Seit 1. November 1970 hat die Nixon-Regie-
rung die amerikanische Zusicherung, die Bom-
benangriffe und alle anderen Kriegshandlun-
gen gegen die DRV vollständig und bedingungs-
los einzustellen, wiederholt in unverschämter
Weise verletzt.

Alle ihre Behauptungen zur Rechtfertigung
der Übergriffe auf die Souveränität und Sicher-
heit der DRV können nicht über die hinterhälti-
ge Absicht hinwegtäuschen, die Bombardierung
von Nordvietnam als einen Teil der amerikani-

schen Strategie der "Vietnamisierung" des
Kriegs in Südvietnam anzusehen.

I Aufklärungsflüge sind wiederholt über fast
dem gesamten Luftraum der DRV durchgeführt
worden.

Nov. 1970:	1.600 Einsätze mit	960 Aufklärungs-
		aufträgen
Dez. 1970:	2.600 "	- 1.750 "
Jan. 1971:	2.622 "	- 1.620 "
Feb. 1971:	2.150 "	- 1.356 "
März 1971:	2.224 "	- 1.335 "
Apr. 1971:	3.580 "	- 2.000 "
Mai 1971:	2.400 "	- 1.640 "

Insgesamt hat die Nixon-Regierung 17.236
bemannte und unbemannte Flugzeuge ausge-
schickt, die 10.661 Aufklärungsmissionen
über 25 Provinzen und Städten in Nordvietnam
ausgeführt haben.

Während der letzten 6 Monate betrug der
monatliche Durchschnitt der Aufklärungs-
flüge 1.504, d.h. 2 1/2 mal soviel wie 1969,
dem ersten Jahr von Nixons Präsidentschaft;
1969 lag der monatliche Durchschnitt bei 650.

II. NICHT NUR DICHTBESIEDELTE GEBIETE ZWISCHEN DEM 17. UND 19. BREITENGRAD SIND BOMBAR- DIERT UND BESCHOSSEN WORDEN, SONDERN AUCH GEBIETE NÖRDLICH DES 21. BREITENGRADDES

a. Aktivitäten der taktischen Luftwaffe

<u>Nov. 1970:</u>	147 Luftangriffe auf die Peripherie von Hanoi und Haiphong, auf die Provinzen Ha Tay ¹⁾ , Vinh Phu, Son La, Ha Tinh, Quang Binh und auf Vinh Linh.
<u>Dez. 1970:</u>	204 Luftangriffe auf die Pro- vinzen Lai Chau, Ha Tinh, Quang Binh und auf das Gebiet Vinh Linh.
<u>Jan. 1971:</u>	182 Luftangriffe auf die Pro- vinzen Lai Chau, Ha Tinh, Quang Binh und auf das Gebiet Vinh Linh.
<u>Feb. 1971:</u>	149 Luftangriffe auf die Pro- vinzen Nghe An, Quang Binh und auf das Gebiet Vinh Linh.
<u>März 1971:</u>	178 Luftangriffe auf die Provinzen Ha Tinh, Quang Binh und auf das Gebiet Vinh Linh.
<u>April 1971:</u>	82 Luftangriffe auf die Pro- vinzen Nghe An, Quang Binh und auf das Gebiet Vinh Linh.
<u>Mai 1971:</u>	146 Luftangriffe auf die Pro- vinzen Ha Tinh, Quang Binh und auf das Gebiet Vinh Linh.

Ziele für die Bomben der taktischen US-Luftwaffe waren während dieser Zeit durchweg dichtbesiedelte Gebiete. Zum Beispiel wurden am 21. und 22. November 1970 80 und am 21. und 22. März 1971 63 weitere Bevölkerungszentren angegriffen.

Die Nixon-Regierung hat die Bombardierungen auf weitere Gebiete ausgedehnt. Amerikanische Flugzeuge haben nicht nur tägliche Angriffe gegen Bevölkerungszentren zwischen dem 17. und 19. Breitengrad geflogen, sondern haben dazu unverschämterweise Gebiete jenseits des 21. Breitengrades und die Peripherie von Haiphong und der Hauptstadt Hanoi angegriffen.

In 7 Monaten wurden 1.088 Luftangriffe gegen Nordvietnam geflogen, durchschnittlich 160 im Monat. Bei vielen Angriffen wurde eine große Anzahl von Flugzeugen eingesetzt, z.B. griffen am 21. und 22. November 1970 über 250 Flugzeuge Nordvietnam an und am 21. und 22. März 1971 folgten etwa 200 US-Flugzeuge den abscheulichsten Bombenangriff gegen Nordvietnam seit dem 21. November 1970.

b. Anzahl der von der taktischen Luftwaffe über Nordvietnam abgeworfenen Bomben.

	Sprengb.	Bündelb. (CBUs)	Raketen (rockets)	Raketen- geschosse (missiles)
Nov. 1970	2.000	161	14	1
Dez. 1970	4.758	192	28	2

b. Anzahl der von der taktischen Luftwaffe über Nordvietnam abgeworfenen Bomben.

	Sprengb.	Bündelb. (CBUs)	Raketen (rockets)	Raketen- geschosse (missiles)
Nov. 1970	2.000	161	140	4
Dez. 1970	4.758	192	28	2
Jan. 1971	3.649	132	19	1
Feb. 1971	1.482	190		8
März 1971	2.962	346	36	9
Apr. 1971	1.815	118	41	3
Mai 1971	2.014	284	30	4

Bei den Angriffen gegen dichtbesiedelte Gebiete in Nordvietnam wurden allein von taktischen US-Düsenflugzeugen 18.680 Sprengbomben, 1.423 CBU-Bomben, 294 Raketen und 31 Raketen-geschosse (missiles) abgeworfen.

c. Aktivitäten der strategischen Bomber B-52

Nov. 1970: 119 Einsätze mit 36 Flächenbombardierungen in Quang Binh und Vinh Linh

Dez. 1970:	154	"	"	47	Flächenbombardierungen in Vinh Linh
Jan. 1971:	205	"	"	67	Flächenbombardierungen in Quang Binh und Vinh Linh
Feb. 1971:	110	"	"	34	Flächenbombardierungen in Quang Binh und Vinh Linh
März 1971:	89	"	"	25	Flächenbombardierungen in Vinh Linh
Apr. 1971:	158	"	"	37	-
Mai 1971:	252	"	"	64	Flächenbombardierungen in Quang Binh und Vinh Linh

Die Vereinigten Staaten haben ihre Angriffe mit B-52-Bombern auf Nordvietnam intensiviert. Sie setzten 1.087 Flugzeuge ein, die innerhalb von 7 Monaten 310 Angriffe auf Quang Binh und Vinh Linh ausführten und täglich Angriffe auf das Gebiet von Huong Lap und den westlichen Teil der Entmilitarisierten Zone flogen.

d. Beschießung durch die 7. Flotte und durch feindliche Stützpunkte im südlichen Teil des Ben Hai Flusses

Nov. 1970:	22	Einsätze	294	Granaten	auf 5	Dörfer (Vinh Linh)
Dez. 1970:	10	"	56	"	"	2 "
Jan. 1971:	5	"	50	"	"	2 "
Feb. 1971:	11	"	159	"	"	4 "
März 1971:	35	"	312	"	"	5 "
Apr. 1971:	20	"	273	"	"	3 "
Mai 1971:	17	"	318	"	"	3 "

Alle sechs Dörfer (Vinh Quang, Vinh Giang, Vinh Son, Vinh Truong, Vinh O, Huong Lap), die zum nördlichen Teil der Entmilitarisierten Zone gehören, und drei Dörfer (Vinh Lam, Vinh Tan, Vinh Vinh Thanh), die dicht am nördlichen Teil der Entmilitarisierten Zone liegen, sind pausenlos angegriffen worden.

In den vergangenen 7 Monaten wurden von Kriegsschiffen und Stützpunkten im Südteil des Benhai Flusses bei 120 Beschießungen 1.462 Granaten vom Kaliber 105 mm und 155 mm auf 10 Dörfer abgefeuert; im Durchschnitt kamen auf jedes Dorf 140 Granaten.

Anmerkung:

1) Eine Karte mit den Provinzen der DRV ist im AIB Nr. 1/71 zu finden.

(Quelle: Hektographierte Konferenzmaterialien)